

Sand im Getriebe

Internationaler deutschsprachiger Rundbrief der ATTAC-Bewegung

Der Rundbrief "Sand im Getriebe" ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von AutorInnen unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der ATTAC-Bewegung.

rtf/.pdf-Version <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/>
html-Version <http://sandimgetriebe.attac.at>, mail an die Redaktion: sig@attac.de

Die europäischen Attacs sagen "Nein" zum EU-Reformvertrag



- ◆ Alter Wein in neuen Schläuchen (S. 4)
 - ◆ Irische Kampagne gegen die EU-Verfassung (S. 5)
- ◆ Friedensratschlag, De: Den Weg in die Militärunion umkehren (S. 6)
 - ◆ Attac Erklärungen (S. 7)
- ◆ Christian Felber, Attac Österreich: Nein! No! Non! Nee! Nie! Nao! (S. 8)
 - ◆ Ein bisschen Licht im Wirrwarr / Zeitplan der Ratifizierung (S. 10)
 - ◆ Attac Frankreich: Ein aufgezwungener Vertrag (S. 11)
 - ◆ Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag (S. 12)
 - ◆ Internet-Hinweise (S. 18)
 - ◆ Pierre Khalfa, Attac Frankreich: Reformvertrag der EU – sowohl Methode als auch Inhalt sind inakzeptabel (S. 19)
- ◆ M. Hantke und T. Pflüger: EU - Aufrüstung und Militarisierung (S. 30)
4. aktualisierte Auflage, Juni 2008

B i b l i o t h e k N r . 4

Die europäischen Attacs sagen "Nein" zum EU-Reformvertrag

Am 11. März 2007 haben 17 Europäische Attacs ihre "Zehn Prinzipien für einen demokratischen Vertrag" vorgelegt, die zu einer Neubegründung der Europäischen Union (EU) beitragen sollen. Die aufmerksame Lektüre des Reformvertrags, der von den Mitgliedstaaten der EU anlässlich des Europäischen Rats vom 18. und 19. Oktober angenommen wurde, zeigt, dass er keines der zehn Prinzipien respektiert. Mehr noch, er ist eine getarnte Neuauflage des Europäischen Verfassungsvertrages, den die französischen und niederländischen Wählerinnen und Wähler im Jahr 2005 abgelehnt haben. Dieser Text ist inakzeptabel, sowohl was sein Zustandekommen als auch was seinen Inhalt betrifft.

1. Antidemokratisches Verfahren:

Die europäischen Attacs haben vorgeschlagen, einen demokratischen Prozess zur Ausarbeitung und Annahme des gesamten neuen Vertrags zu starten. Allem voran muss eine von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählte Versammlung eingesetzt werden. Die nationalen Parlamente müssen wirksam am Prozess beteiligt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen bei der Ratifizierung ein bindendes Referendum durchführen. Wir wollen einen kurzen Vertrag, der für sich alleine steht und von allen Bürgerinnen und Bürgern verstanden werden kann.

Demgegenüber wird uns wiederum ein langer und unlesbarer Text vorgelegt, der zudem hinter verschlossenen Türen abgefasst wurde. Er soll nun in der Mehrzahl der Mitgliedsländer auf parlamentarischem Wege angenommen werden. Und dies so schnell wie möglich, um so jede wirkliche öffentliche Debatte zu unterbinden.

2. Verschlossene Institutionen der Union:

Mit der Ausnahme einiger Veränderungen von geringer Tragweite bleibt es bei der bestehenden Funktionsweise der EU, die durch eine Verletzung der Gewaltenteilung gekennzeichnet ist. Das Europäische Parlament bleibt von weiten Entscheidungsbereichen ausgeschlossen, die wichtige Zuständigkeiten der Union betreffen. Insbesondere ist dem Parlament jegliche legislative Initiative versagt. Die nationalen Parlamente können sich nicht zur Grundlage von Rechtsinitiativen äußern, selbst wenn sie in einem Teil der Zuständigkeitsbereiche am Gesetzgebungsprozess beteiligt sind. Die Kommission, eigentlich exekutives Organ der Union, ist auch mit legislativer und judikativer Gewalt ausgestattet. Dagegen behält der Rat seine Rolle als gesetzgeberisches Organ, obwohl er eigentlich nur das Treffen der nationalen Regierungen ist. Die Lobbys werden weiterhin eine wesentliche Rolle spielen. Die Mitglieder der Kommission können von den ParlamentarierInnen weder gewählt noch abgesetzt werden. Das

Initiativrecht der BürgerInnen reduziert sich auf fromme Absichtserklärungen. Die Europäische Zentralbank (EZB) entgeht jeder demokratischen Kontrolle und behält als ihr einziges Ziel die Preisstabilität, die zu einem der Hauptziele der Union erklärt wird.

3. Keine Alternative zum Neoliberalismus:

Die Presse hat viel Schaum um die Tatsache geschlagen, dass der "freie und unverfälschte" Wettbewerb nicht länger als eines der Hauptziele der Union erwähnt wird. Dies sei, so sagt man uns, der Beweis, dass der Verfassungsvertrag wirklich aufgegeben wurde. Aber man merkt bei der Lektüre des Dickichts der Paragraphen, Protokolle und Erklärungen, dass dieser Wettbewerb allgegenwärtig bleibt. Er macht es unmöglich, dem neoliberalen Modell zu entrinnen. Genau dieser Wettbewerb bestimmt das Funktionieren der Dienstleistungen im Allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWIs). Und er könnte auf sämtliche anderen öffentlichen Dienste ebenfalls ausgedehnt werden. Der Wettbewerb dient auch als Ausrede für die Weigerung, die sozialen und steuerlichen Regeln nach oben anzugleichen. Der Vertrag, so wie er sich darstellt, macht es den Staaten unmöglich, sich für etwas anderes

als den entfesselten wirtschaftlichen Liberalismus zu entscheiden.

4. Immer noch stark eingeschränkte Grundrechte:

Die Charta der Grundrechte hat "verpflichtenden Charakter", aber die Rechte sind im Allgemeinen von sehr geringer Reichweite. Zudem wird bei der Anwendung der Rechte auf "einzelstaatliche Gesetzgebung und Regelungen" verwiesen. Somit schafft die Charta keinerlei europäisches Sozialrecht und beschränkt sich auf vage Formulierungen, die zu nichts verpflichten. Großbritannien und Polen erhalten gar Ausnahmeklauseln bei der Anwendung der Grundrechte.

5. Militaristischer und auf die NATO orientierter Vertrag:

Die gemeinsame Verteidigung der Union ist nur im Rahmen der NATO vorgesehen. Der Militarismus wird offiziell befördert: "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern." Im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus wird zu militärischen Interventionen im Ausland sogar ermuntert. All dies erscheint schon im Entwurf des Verfassungsvertrags und ist Wort für Wort in den neuen Vertrag übernommen worden.

Dieser Reformvertrag ist von A bis Z vom Neoliberalismus gekennzeichnet, sowohl in den Prinzipien, die er fördert, als auch den Politiken, mit denen er operiert. Die wenigen positiven Punkte stellen die augenblickliche Arbeitsweise der Union und ihr erschütterndes Demokratiedefizit nicht in Frage. Darum werden sich die europäischen Attacs nicht damit abfinden. Die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedsstaaten sollen über ihre Zukunft entscheiden dürfen.

Daher streiten wir für bindende Volksabstimmungen über den Vertrag bei der Ratifizierung in jedem einzelnen Mitgliedstaat, 19. Oktober 2007

Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Italien, Attac Luxemburg, Attac Niederlande, Attac Österreich, Attac Polen, Attac Portugal, Attac Spanien, Attac Ungarn

Alter Wein in neuen Schläuchen...



Mit dem Ziel, die Ratifizierung des Vertrages auf parlamentarischem Wege zu rechtfertigen, hat **Sarkozy** zunächst als Präsidentschaftskandidat, danach als gewählter Präsident, den Begriff „Mini-Vertrag“ verwendet und betont, der Vertrag über eine Verfassung für Europa sei ein für alle Mal begraben worden und man habe es nicht nur mit kleineren Modifizierungen zu tun, die im wesentlichen technischer Art seien.

Mit seiner Meinung steht er allein auf weiter Flur. Man wird sich erinnern, dass seit dem Monat Juli, **Valéry Giscard d'Estaing**, « der Vater der Europäischen Verfassung » betonte: « Hinsichtlich der Inhalte bleiben die Vorschläge weitestgehend unverändert, sie werden einzig und allein in einer anderen Weise präsentiert. » Oder, die Katze aus dem Sack lassend: « Der Grund ist, dass der Text dem Verfassungsvertrag nicht zu ähnlich sein sollte. Die Europäischen Regierungen haben sich also auf kosmetische Änderungen am Verfassungstext geeinigt, damit dieser leichter umsetzbar wird. »

Diese Meinung wird geteilt von José Luis **Zapatero**, der sich freut: « Wir sind von keinem einzigen wesentlichen Punkt der Verfassung abgerückt... Das ist ohne jeden Zweifel mehr als nur ein Vertrag. Das ist ein Dokument mit grundlegendem Charakter, ein Vertrag für eine neues Europa. »

Angela Merkel dazu: « Die Substanz der Verfassung bleibt erhalten. Das ist eine Tatsache. »

Der Ministerpräsident von Dänemark, **Anders Fogh Rasmussen**: « Positiv ist, dass die symbolischen Elemente zurückgenommen wurden und das, worauf es ankommt – der Kern – geblieben ist. »

Auch **Romano Prodi**, aktiver Mitgestalter in dieser Angelegenheit, soll nicht vergessen werden: « Im Hinblick auf unsere Bedingungen möchte ich drei « rote Linien » betonen, die auf die Berücksichtigung des Verfassungstextes abzielen:

Beibehaltung eines ständigen Präsidenten der Union, ein einziger Verantwortlicher für die Außenpolitik und ein gemeinsames diplomatisches Gremium, Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, Erhalt der Union als einheitliches Rechtssubjekt (juristische Person). Das alles ist geblieben. »

Die Regierungschefs sind sich also einig. Das Wesen des Vertrages wird durch den belgischen Außenminister **Karel de Gucht** eindeutig wie folgt zusammengefasst: « Das Ziel des Verfassungsvertrages war es, die Lesbarkeit zu verbessern, ... Das Ziel dieses Vertrages ist es, nicht lesbar zu sein. Die Verfassung sollte klar sein, während dieser Vertrag undurchsichtig sein sollte. Das ist ein Erfolg. »

Attac Frankreich, Auszüge aus dem „4 pages“ « *Traité modificatif européen : une copie du TCE* »

<http://www.france.attac.org/spip.php?article7576>

Irische Kampagne gegen die EU-Verfassung – www.sayno.ie Vertrag von Lissabon abgelehnt – Respektiert den Willen des Volkes

Presseerklärung, 13. Juni 2008

Das irische Volk hat gesprochen. Wir glauben nicht an die prophezeiten sozialen und politischen Unruhen, sondern dass hunderte Millionen Menschen in ganz Europa die Ablehnung des Lissabon-Vertrags willkommen heißen. Das Vorhaben, die Demokratie weiter zu beschneiden, die EU zu militarisieren und die Privatwirtschaft öffentliche Dienstleistungen übernehmen zu lassen, wurde zurückgewiesen. Lissabon ist gescheitert. Zusammen mit der EU-Verfassung, aus welcher der Vertrag von Lissabon hervorging, sollte er nun begraben werden.

Wir fordern die irische Regierung und die Unterstützer dieses Vertrags auf, den Willen des irischen Volkes zu respektieren und diesen gescheiterten Vertrag fallen zu lassen: Es darf keinen Wiederholungslauf geben, wie dies bei Nizza der Fall war.

Wir fordern die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten auf, den Willen des irischen Volkes zu respektieren: Es darf keine weiteren Drohungen oder Einschüchterungsversuche gegenüber der Bevölkerung geben.

Dieses Votum macht die Kluft deutlich, die zwischen den Politikern und Eliten Europas und der Meinung der breiten Bevölkerung besteht. Wie in Frankreich und den Niederlanden, haben die politischen Führer und das Establishment alles getan, um dieses Vorhaben durchzusetzen – und sie sind gescheitert.

Wir fordern einen Richtungswechsel. Wir fordern einen Stopp der europäischen Militarisierung und einen Rückgang der Rüstungsausgaben – um das Geld gesellschaftlich nützlichen Projekten zuzuführen.

Wir fordern einen Stopp der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, und dass öffentliche Dienstleistungen vom Diktat des Marktes ausgenommen werden.

Wir fordern ein Ende der zentralen Rolle, die den Märkten und Banken bei der Entscheidung, wie die Gesellschaft geführt werden sollte, zugewiesen wird: Wir wollen ernsthafte Maßnahmen, um den Abwärts-Wettlauf zu stoppen und die Rechte der Arbeitnehmer zu stärken, um Arbeitslosigkeit und Armut zu bekämpfen, um die Ungleichbehandlung und Unterdrückung zu beenden und um die Klimaerwärmung umzukehren.

Wir fordern eine Wende in den europäischen Beziehungen mit Entwicklungsländern, die den Bedürfnissen der BewohnerInnen des 'globalen Südens' Vorrang einräumt und das effektive Bevorzugen von Menschenrechten – nicht die Unterstützung repressiver Regimes, weil diese europäischen Staaten oder Unternehmen Gefallen erweisen.

Wir fordern, dass die europäische Bevölkerung nun eine Führungsrolle bei der Entscheidung unserer gemeinsamen Zukunft übernimmt. Dies ist nicht mehr allein eine Angelegenheit Irlands. Die Zukunft Europas muss von den Menschen Europas entschieden werden. Wir werden keine Situation tolerieren, in der im Laufe der Zeit das Augenmerk wieder auf die Frage gerichtet wird, wie Irland dazu bewegt werden kann, 'richtig zu wählen'. Während der Vertrag von Lissabon für die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung des EU-Raumes das Verweigern von Demokratie bedeutete, rufen wir nun die Menschen Europas auf, ihre demokratischen Rechte zurückzufordern, um über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.

Für ein soziales, demilitarisiertes und demokratisches Europa!

*(Übersetzung: coorditrad)
Sand im Getriebe*

<http://www.caeuc.org>

Sondernummer zum EU-Reformvertrag Seite 5

Bundesausschuss Friedensratschlag, Deutschland

Den Weg in die Militärunion umkehren

Irland hat für ein Stück Demokratie in der EU gesorgt

Kassel, 13. Juni 2008 – Heute hat sich die Mehrheit der Bevölkerung in einem landesweiten Referendum gegen den EU-Reformvertrag ausgesprochen. Wären wir professionelle Politiker, würden wir sagen: "Dies ist ein guter Tag für Irland und ein guter Tag für Europa". Jenseits solcher Sprechblasen sollte aber substantiell auf die positiven Konsequenzen des irischen "No" hingewiesen werden.

Dazu gehört zum ersten, dass der Mogelvertrag von Lissabon, der ja nichts anderes ist als eine verkappte Neuauflage des schon einmal an Frankreich und Holland gescheiterten Verfassungsvertrags, dass dieser Reformvertrag wieder ad acta gelegt werden muss. Er ist nicht mehrheitsfähig in Europa. Die politische Klasse in Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten wusste das und hatte deshalb darauf gedrungen, dass der Vertrag nirgends dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Einzig Irland musste - gegen den Willen der eigenen Regierung - das Referendum durchführen, weil das die dortige Verfassung vorschreibt. Irland hat also für ein Stück Demokratie in der EU gesorgt.

Zum zweiten sind damit im Grundsatz all jene Elemente des Reformvertrags vom Tisch, die über den ursprünglichen Gehalt der Europäischen Union hinausgehen sollten. Wir zählen dazu neben der Festlegung der EU auf den allein seligmachenden Marktradikalismus vor allem die Transformation der EU in eine Militärunion. Der Lissaboner Vertrag enthielt u.a. folgende Gefahren:

- die EU-Mitgliedstaaten sollten sich verpflichten, ihre militärischen Fähigkeiten "schrittweise zu verbessern" (Art. 28c);
- es sollte eine "Europäischen Verteidigungsagentur" gegründet werden, die "Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Basis des Verteidigungssektors" ergreifen soll (Art. 28a, Ziff. 3)(die "Verteidigungsagentur" arbeitet bereits seit 2004 - also ohne vertragliche Grundlage);

- es sollten "besonderer Verfahren (angewandt werden), um den schnellen Zugriff auf die Haushaltsmittel der Union zu gewährleisten", damit Militäreinsätze ("Missionen") durchgeführt werden können; hierfür sollte ein sog. "Anschubfonds" gebildet werden;

- "Schnelle Eingreiftruppen" und sog. Battle groups (Schlachtgruppen) für Kampfeinsätze in aller Welt sollten gebildet werden (auch sie gibt es bereits!);

- der Tatbestand des "Terrorismus" sollte mit militärischen Mitteln (d.h. mit Krieg) beantwortet werden;

- die Machtlosigkeit des Europäischen Parlaments in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik sollte bestehen bleiben: Das EP wird in Angelegenheiten der Außen- und Sicherheitspolitik lediglich informiert und angehört; Entscheidungen trifft ausschließlich der Rat (also die "Exekutive" der EU);

- der ganze Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik bliebe rechtsstaatlicher Kontrolle entzogen; nach Art. 240 ist der Gerichtshof der Europäischen Union hierfür "nicht zuständig".

Was immer die zahlreichen Motive der irischen Bevölkerung für ihr Votum gewesen sein mögen: Dem Land und seinen Menschen ist zu danken, dass die Demokratie und die Friedensorientierung in der Europäischen Union eine neue Chance erhalten. Das "No" der Iren war kein Nein zu Europa, sondern es war ein Nein zu dieser besonderen Form einer bevormundenden, autoritären, neoliberalen und sich militarisierenden Europäischen Union.

Der EU ist zu wünschen, dass sie aus der Abstimmung die richtigen Konsequenzen zieht: Der Weg in die Militärunion muss umgekehrt werden.

Die EU muss sich ganz auf ihre zivilen und sozialen Traditionen und Tugenden besinnen. Dann braucht sie keine Furcht mehr vor Volksabstimmungen haben.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag: Peter Strutynski (Sprecher)

Dossier zum EU-Reformvertrag: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/verf/Welcome.html>

Nein der Iren eröffnet Chance auf überfällige Kurskorrektur der EU

Attac Deutschland fordert soziale und demokratische Neugründung Europas

13.06.2008

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac hat das sich klar abzeichnende Nein der Iren zum EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) begrüßt. "Der Vertrag hätte die neoliberale Schlagseite der Europäischen Union auf Kosten der Mehrheit der europäischen Bürgerinnen und Bürgern für lange Zeit festgeschrieben sowie die weitere Militarisierung der EU vorangetrieben", sagte Gerold Schwarz, Sprecher der EU-Arbeitsgemeinschaft von Attac Deutschland.

Attac kritisierte allerdings auch die No-Kampagne der irischen Rechten, die auf eine falsch verstandene nationale Souveränität ausgerichtet war. "Wir lehnen den Vertrag ab, weil er falsche und nicht weil er zu viele gemeinsame Regeln festlegt. Um die negativen Folgen der neoliberalen Globalisierung für die große Mehrheit der Menschen abzumildern, brauchen wir den Schutz sozialer Rechte und Standards sowie Mindeststeuersätze und einheitliche Bemessungsgrundlagen in Europa", sagte Sven Giegold vom bundesweiten Attac-Rat. Stattdessen hätte der Vertrag den Wettlauf der EU-Mitgliedsstaaten um die niedrigsten Sozialstandards, Löhne und Unternehmenssteuern festgeschrieben und fast

ausschließlich die Interessen der Konzerne und Kapitalbesitzer bedient.

"Während immer mehr Menschen durch die sozialen Netze fallen, organisiert die Europäische Union bereits heute einen gnadenlosen Standortwettbewerb", sagte Gerold Schwarz. Soziale Gerechtigkeit müsse endlich ganz oben auf die europäische Tagesordnung. Ein soziales, demokratisches und friedliches Europa sei weder auf der Grundlage der bestehenden Verträge noch mit dem EU-Reformvertrag zu haben. Dies sei die eigentliche Ursache der zunehmenden Europaskepsis.

Attac fordert die europäischen Regierungen auf, das irische Nein zu respektieren und nicht wie schon 2001 einfach auf eine Wiederholung des Referendums zu hoffen. Sven Giegold: "Der Vertrag von Lissabon ist tot. Die Iren haben die Notbremse gezogen und damit die Chance auf die längst überfällige Kurskorrektur der EU geschaffen." Notwendig sei eine soziale und demokratische Neugründung Europas über einen von den Bürgerinnen und Bürgern direkt gewählten Konvent, dessen Ergebnis dann in Volksabstimmungen oder Befragungen in allen Mitgliedsländern bestätigt wird.

<http://www.attac.de/aktuell/lissabon/aktuelles/>

S. auch: <http://www.irish-friends-vote-no-for-me.org>

Weitere Presserklärungen:

Attac Österreich: <http://www.attac.at/6604.html>

4-seitiges Flugblatt der EU-AG von Attac-Stuttgart:

„Alter Brief im neuen Umschlag“ (PDF)

<http://www.attac-s.de/index.php?lid=30943&srubrik=attac-s-eu>

4-seitiges Flugblatt von Attac Österreich

"Nein zu diesem Reform(unfähigkeit)vertrag" www.attac.at/6040.html

Christian Felber, Attac Österreich

Nein! No! Non! Nee! Nie! Nao!

70 Prozent der europäischen Bürgerinnen und Bürger wollen über den EU-Reformvertrag abstimmen. Doch die Regierungen sagen nein.

Der EU-Verfassungsvertrag war ursprünglich dazu angelegt, die **europäische Identität** zu kitten: Fahne, Hymne, EU-Gesetze: „Wir“ sind EuropäerInnen. Jacques Chirac ließ siegessicher ein Referendum abhalten, um sich feiern zu lassen, 98% der französischen ParlamentarierInnen sagten „oui“, doch das Volk versagte. Die meisten Medien interpretierten das „Non“ als Denkmittel für Chirac oder nationalistisch. Doch es war das bestinformierte Nein in der Geschichte der französischen Demokratie. In zahllosen öffentlichen Diskussionen debattierten in den kleinsten Gemeinden Hunderte Interessierte bis Mitternacht die letzten Paragraphen. Umfragen zufolge waren der neoliberale Kurs der EU und der neoliberale Inhalt der Verfassung die Hauptgründe für das Non. Dann erst kamen Regierungskritik und Türkei-Beitritt. Kurz darauf folgte das „Nee“ in Holland. Und selbst in Luxemburg stimmten 43 Prozent der Bevölkerung mit Nein, nachdem 100 Prozent der ParlamentarierInnen ja gesagt hatten. „*Es gibt eine Kluft zwischen Völkern und Regierenden*“, formulierte Nicolas Sarkozy treffend. Mit dem Reformvertrag wird diese noch tiefer.

Der „**Verfassungsschmuck**“ des Vertrages wurde **abgelegt**, die **Substanz bleibt erhalten**, nach Österreichs Außenministerin Plassnik „zu 95%“. *Konventspräsident Giscard d'Estaing nannte ihn „den gleichen Brief in neuem Umschlag“*. Ziel der Abschmink-Operation war die Vermeidung von Referenden, wie d'Estaing und Italiens Ex-Staatspräsident Giuliano Amato unumwunden zugaben. Österreichisches Kuriosum: Während sich beim Verfassungsvertrag die Experten Heinz Mayer, Theo Öhlinger, Bern-

hard Raschauer und Heinrich Neisser einig waren, dass eine Volksabstimmung erforderlich sei, sieht das beim Reformvertrag keiner mehr so. Nur weil Fahne und Hymne demonstrieren wurden und der Außenminister jetzt Hoher Vertreter heißt?

Laut Regierungen wird der Vertrag „demokratischer, sozialer und ökologischer“. Beim Thema **Demokratie** bringt er tatsächlich einige Fortschritte gegenüber Nizza: Das Parlament darf nun in fast allen Bereichen mitentscheiden, auch wenn es in der Außen- und Sicherheitspolitik oder in der Atompolitik unverändert ohne Stimmrecht bleibt. Es darf auch weiterhin keine Gesetze initiieren und – anders als in den Mitgliedstaaten – die einzelnen Mitglieder der „Regierung“ (Kommission) weder wählen noch abwählen. Ein Beispiel: Wenn Günter Verheugen keine „nachhaltige“ Industriepolitik macht (im Vertrag gefordert), sondern nationalistische (deutsche) und unökologische (Autohersteller-)Interessen vertritt, kann ihm das Europaparlament nicht das Misstrauen aussprechen, es müsste auch die restlichen 26 (nach 2014 weniger) Kommissare abberufen, was es nicht machen wird. Man kann das – in Summe – als „größten Demokratieschub der letzten zwanzig Jahre“ bezeichnen wie Othmar Karas oder als das inakzeptable Zurückbleiben hinter dem Demokratieniveau der Nationalstaaten.

Der wirkliche Skandal der neuen europäischen Hausordnung ist der allumfassende **Vorrang des Wettbewerbs** bei gleichzeitig schwindsüchtiger Sozialpolitik. Die Verschlechterungen gegenüber Nizza sind sonder Zahl:

Die neue Verpflichtung zu Budgetüberschüssen wird ohne Maßnahmen gegen Steuerwettbewerb die öffentlichen Defizite vergrößern und den Druck auf Sozialabbau und Privatisierungen verschärfen.

Die Preisstabilität wird zum neuen Unionsziel, was von Arm zu Reich verteilt und Arbeitsplätze kostet.

Der neue Hinweis auf „Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ (die EU kennt keine öffentlichen Dienstleistungen) schützt diese nicht vor dem Wettbewerbsrecht, sondern liefert sie ihm aus.

Obwohl die EU sich in Afrika gerade eine empfindliche Abfuhr bei ihrer Offensive für „Freihandel“ (besser: Zwangshandel) geholt hat, wird der globale Einsatz dafür noch verschärft. Von fairem Handel kein Wort! Ausländische Direktinvestitionen werden neu in die gemeinsame Handelspolitik aufgenommen. Das heißt, falls ein neues Investitionsschutzabkommen wie das MAI droht, könnte kein nationales Parlament mehr dagegen stimmen. Auf das wachsende Unbehagen in der Globalisierung reagiert der Reformvertrag mit Demokratieabbau.

Absolut unerklärlich ist Artikel 27: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ Ich dachte, die EU sei ein Friedensprojekt. Der Vertrag sieht erstmals Rüstungsagentur vor. Deren erster Chef, Alexander Weis, bezeichnete 2008 vorsorglich als „Jahr der Rüstung“. Das Wort „Abrüstung“ oder eine „Friedensagentur“ sucht man vergeblich im Vertragstext.

Die **NATO** wird aufgewertet: Während die Sicherheitspolitik der NATO-Mitglieder im Vertrag von Nizza der Sicherheitspolitik der EU „nicht zuwiderlaufen“ durfte, bildet im Reformvertrag die NATO „das Fundament“ der Sicherheitspolitik ihrer EU-Mitglieder. Eine echte Friedensunion müsste in ihrer Verfassung festschreiben, dass Mitglieder, die einen **Angriffskrieg** starten, automatisch die Mitgliedschaft verlieren. Das könnte ei-

nen zukünftigen Irakkrieg verhindern, weil sich Großbritannien, Polen, Spanien und Co. einen Bruch des Völker- und Menschenrechts dreimal überlegen würden.

Die **Grundrechtecharta** ist an sich erfreulich, doch dass sie in den Anhang verbannt wurde, provoziert. Sie gilt auch nicht für alle, Polen und England zieren sich. Neben dem Euro und Schengen gibt es damit ein weiteres Kerneuropa mit Peripherie. Bei Grundrechten ist das besonders peinlich. Wie soll die EU international glaubwürdig als Menschenrechtsgemeinschaft auftreten, wenn sie sich beim Freihandel einig ist, aber nicht bei den Grundrechten? Die Abschwächungsformeln: „Durch die Charta werden die Zuständigkeiten der Union in keiner Weise erweitert.“ Und: Sie „macht die anerkannten Rechte und Grundsätze besser sichtbar, schafft aber keine neuen Rechte“, nehmen ihr jede Kraft. So wird die Charta keine einzige EU-BürgerIn aus der Armut holen, mit einem Arbeitsplatz, einer Krankenversicherung oder einem Obdach ausstatten.

Eine menschnahe Union müsste neben den budgetären auch verbindliche soziale und ökologische Konvergenzkriterien festschreiben, etwa so: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, die Armut und Arbeitslosigkeit schrittweise zu verringern.“ „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihren Ressourcenverbrauch jährlich um drei Prozent zu verringern.“ Werden die messbaren Ziele nicht erreicht, flattern blaue Briefe.

Da in der **Sozial- und Steuerpolitik** das Einstimmigkeitsprinzip weiter gilt und dadurch die Handlungsfähigkeit der Union ausgerechnet dort nicht erhöht wird, wo sie sie am dringendsten nötig wäre, wird der innereuropäische Standortwettbewerb unvermindert weitertoben. Der Binnenmarkt wird als soziale Zentrifuge Reich und Arm polarisieren – ohne jeden Umverteilungsmechanismus. Ein europäisches Sozialmodell, das sich gegen das neoliberale US-Modell ernsthaft pro-

filieren will, müsste sagen: Wir richten BIP-abhängige Lohn- und Sozialkorridore ein (mit Konvergenzziel EU-weiter Mindest- und Höchstlohn) und schaffen gemeinsame Arbeits- und Steuerstandards, um den Standortwettbewerb ein für allemal zu beenden. Wir richten **öffentliche Güter** nicht nur auf kommunaler, Landes- und bundesstaatlicher Ebene ein, sondern auch auf EU-Ebene, zum Beispiel eine EU-weite öffentliche Bahn mit Internet-Bahnhöfen. Keine Spur von alledem. Solange die EU **einseitig nur die Wirtschaftsfreiheiten** durchsetzt, wird das unsoziale Ergebnis Populisten und Nationalisten einladen, ihr Anti-EU-Süppchen zu kochen. Wenn die Regierung pro-europäische KritikerInnen mit Nationalisten in einen oppositionellen Eintopf wirft, um sich vor einer differenzierten Debatte zu drücken, ist dem Demokratie-, Friedens- und Wohlstandsprojekt ein Bärendienst erwiesen.

Die österreichische Regierung setzt auf speed kills: Im Dezember peitschte sie eine Verfassungsreform durch den Nationalrat, um sich das Ermächtigungsgesetz zur Ratifizierung des Reformvertrages zu ersparen. Damit gewinnt sie drei Monate. Und die demokratische Diskussion verliert drei. Die viel beschworene europäische Öffentlichkeit wird im Keim erstickt. So macht man den Menschen das europäische Haus, das sie bewohnen sollen, nicht schmackhaft. In **Österreich** verlangen in der Plattform Volxabstimmung mehr als 40 Organisationen ein Referendum. 17 europäische Attac-Organisationen fordern, dass die Menschen direkt die Mitglieder eines Konvents wählen sollen, der die Hausordnung – einen neuen Vertrag – verfasst. Über das Ergebnis entscheidet der Souverän: die EU-Bürgerinnen und -Bürger.

http://www.christian-felber.at/artikel/pdf/Reformvertrag_Furche.pdf

Ein bisschen Licht im Wirrwarr

*Obwohl er bereits im Jahr 1957 unter dem bekannteren Titel „**Römische Verträge**“ unterzeichnet wurde, hat der **Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** in einer konsolidierten Fassung, die verschiedene weitere Verträge einschließt, nach wie vor Gültigkeit: Der **Maastricht-Vertrag (1992)** wies neben einer Aktualisierung der Römischen Verträge eine gewisse Anzahl an ergänzenden Bestimmungen auf, die sich in den Artikeln A – S wieder finden. Diese wiederum wurden noch einmal in eine andere Reihenfolge gebracht, im **Vertrag von Amsterdam (1997)** neu nummeriert und bilden, nachdem auch noch der **Vertrag von Nizza (2001)** dazukam, den aktuell aus 53 Artikeln bestehenden **Vertrag über die Europäische Union (EU)**, wohingegen die ursprünglichen Römischen Verträge, aus dessen Titel nunmehr das Beiwort „Wirtschafts“ herausgenommen wurde (aus Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde Europäische Gemeinschaft“), 314 Artikel umfasst. Ergänzend zu den beiden vorgenannten Verträgen sollten auf jeden Fall noch erwähnt werden der im Jahr 1957 unterzeichnete **Vertrag über Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)** und die **Charta der Grundrechte (2000)** mit 54 Artikeln.*

Einer der wenigen Vorzüge des europäischen Verfassungsvertrages (EUV) war, dass hier in einem einzigen Text der EU-Vertrag, der EG-Vertrag und die Charta zusammengefasst wurden. Das führte zu einem relativ lesbaren und verständlichen Vertragswerk, auch wenn sein Umfang mit 448 Artikeln beträchtlich war. Wir haben dieses Dokument im Übrigen so gut gelesen und verstanden, dass wir es abgelehnt haben! Die europäischen Chefs haben daraus die entsprechenden Lehren gezogen und präsentieren uns nun einen „Reformvertrag“, der genauso wenig lesbar ist, wie es die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza waren.

Aus: <http://www.france.attac.org/spip.php?article7576>

Ein aufgezwungener Vertrag

Erklärung von attac Frankreich zur Ratifizierung des Lissabon-Vertrages
durch das französische Parlament, Februar 2008

Die Abgeordneten haben heute über die Verfassungsänderung abgestimmt, die für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon erforderlich ist. Damit haben sie die Verletzung der Amtspflicht des Präsidenten gutgeheißen, die darin besteht, dass er dem französischen Volk den Vertrag aufzwingt, den dieses 2005 abgelehnt hat. Mit dem Einverständnis der meisten Abgeordneten und Senatoren wurde einer der schwersten Anschläge auf die Demokratie in unserem Land verübt. Sie hatten jedoch die Möglichkeit, den Prozess zu blockieren und dem Präsidenten gegenüber ein Referendum durchzusetzen. Sie haben es nicht gemacht und sich dabei auf allerlei trügerische Begründungen berufen.

Attac möchte aber diejenigen Abgeordneten lobend erwähnen, die in Versailles - manchmal gegen die von oben gegebenen Anweisungen und ungeachtet ihrer Meinung über den Inhalt des Vertrags – diese Verweigerung der Demokratie nicht unterstützen und dem Volkssouverän das Wort zurückgeben wollten. Ebenso begrüßen wir die starke Mobilisierung, die heute in Versailles während des Kongresses zustande kam, wo sich mehr als 1000 Personen versammelt hatten. Sie ist ein Beweis dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht darauf verzichtet haben, sich zu Wort zu melden. Sie und Hunderte von öffentlichen Versammlungen der letzten Monate zeigen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger immer noch für die europäische Frage interessieren.

Was in Frankreich passiert ist, wird sich leider in den meisten Staaten der Europäischen Union wiederholen, da sich die Gesamtheit der politischen Führungen darüber einig ist, diesen Text im Sturmschritt durchzubringen,

ohne je die Menschen nach ihrer Meinung zu fragen. Nur in Irland wird es aufgrund der Verfassung ein Referendum geben.

Dieser Prozess macht deutlich, dass es den neoliberalen Eliten nicht gelungen ist, die Zustimmung der Europäer für ihr Konzept zu erreichen. Da man das neoliberale Europa nicht mehr ohne die Völker bauen kann, hat man es gegen ihren Willen aufgebaut. Die anti-demokratischen Vorgehensweisen häufen sich: Fehlen von Volksbefragungen, Infragestellung der nationalen Sozialrechte durch einen allmächtigen Gerichtshof... Diese tödliche Fehlentwicklung wird nicht mehr sehr lange andauern können. Die Finanzkrise, die weit über die Banken hinaus Schaden anrichtet, zeigt uns heute erneut, dass der Neoliberalismus dringend überwunden werden muss.

Deshalb werden Attac France und die europäischen Vereinigungen von Attac zu den folgenden Themen weiterhin handeln – mit Aktionen und leichtverständlichen Analysen: Kritik der neoliberalen Politiken, Benennung konkreter Alternativen, aktive Mitarbeit beim Aufbau europäischer sozialer Mobilisierungen. Attac wird insbesondere schnell Initiativen ergreifen, um aus der französischen Präsidentschaft und dann aus den Europawahlen 2009 wirkliche Momente der Mobilisierungen und Diskussionen zu machen. Das Europäische Sozialforum im September 2008 wird ebenfalls ein wichtiger Augenblick sein, um alle Initiativen der Bürgerinnen und Bürger zu versammeln und Entwürfe für das von uns gewünschte Europa vorzubringen.

Versailles, den 4. Februar 2008

Europäisches Attac-Netzwerk

Attac Belgien, Attac Dänemark, Attac Deutschland, Attac Finnland,
Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Italien, Attac Jersey,
Attac Niederlande, Attac Norwegen, Attac Österreich, Attac Polen,
Attac Schweden, Attac Schweiz, Attac Spanien, Attac Ungarn

Attacs 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag

Auf dem Weg zu einem neuen rechtlichen Fundament für die Europäische Union

11. März 2007 Das europäische Attac-Netzwerk sieht in der gegenwärtigen Form der Europäischen Union eine ernsthafte Bedrohung für demokratische Errungenschaften, Grundrechte, soziale Sicherheit, Geschlechtergleichstellung und ökologische Nachhaltigkeit. Die Union leidet an einem Mangel an Demokratie, Legitimität und Transparenz und beruht auf einer Reihe von Verträgen, die den Mitgliedsstaaten und der ganzen Welt eine neoliberale Politik aufzwingen. Das ist der Grund, warum das Europäische Attac-Netzwerk die Zukunft Europas als zentrales Thema seiner Aktivitäten betrachtet.

Im Jahr 2005 starteten die europäischen Attac-Organisationen einen gemeinsamen Reflexions- und Diskussionsprozess über Europa. Die vorliegende Erklärung ist eine Frucht dieses laufenden Prozesses.

Seit dem „Non“ und „Nee“ in Frankreich und den Niederlanden ist klar, dass nicht nur der vorgeschlagene Verfassungsvertrag, sondern auch die gegenwärtige Europäische Union keine Legitimität in der Bevölkerung besitzen; sie werden weithin als undemokratisch und unsozial angesehen.

Der vorgeschlagene Verfassungsvertrag stellt keine Verfassung im strengen Sinn dar, sondern ist eine Zusammenfügung und Weiterentwicklung früherer Verträge und Rechtsnormen. Trotzdem wird seine politische Bedeutung höher eingeschätzt, weil er nicht nur den institutionellen Rahmen verändert und Prinzipien, Werte und Ziele definiert, sondern auch konkrete Politiken formuliert. Er schreibt das neoliberale Modell der EU in der

Verfassung fest und ist daher inakzeptabel. Formal leidet dieser Vertrag auch an einem Mangel an demokratischem Prozess und ist de facto kaum abzuändern.

Gegenwärtig versuchen die europäischen Regierungen den Verfassungsprozess wiederzubeleben und ignorieren dabei die Ablehnung des vorgeschlagenen Verfassungsvertrages durch die Menschen in mehreren Mitgliedsstaaten. Ihr Ziel ist es, ein Ergebnis während der französischen Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2008 zu erreichen. Im Januar haben sich 18 Regierungen von EU-Mitgliedstaaten in Madrid getroffen, um einen Kompromiss auf der Grundlage des abgelehnten Verfassungsvertrages zu finden.

In dieser Situation ist es essentiell für die Demokratie, dass soziale und politische Bewegungen aktiv werden und konkrete Alternativen für die Europäische Integration einfordern – und dass diese Vorschläge auch berücksichtigt werden. Die europäischen At-

tac-Organisationen fordern, dass jeder neue Vertrag und seine Entstehung hinsichtlich des Entstehungsprozesses (Teil I), des institutionellen Teils (Teil II) und der europäischen Politiken (Teil III) auf folgende 10 Prinzipien gegründet sind:

TEIL I: VERFASSUNGSPROZESS

1. EINEN DEMOKRATISCHEN PROZESS STARTEN

Jeder neue Vertrag muss demokratisch erarbeitet und beschlossen werden. Die europäischen Attac-Organisationen wenden sich gegen jeden Versuch, den abgelehnten Verfassungsvertrag wieder zu beleben und schlagen Folgendes vor:

- Eine neue und demokratische Versammlung, die direkt von den BürgerInnen aller EU-Mitgliedsstaaten gewählt wird, erhält das Mandat, unter wirksamer Beteiligung der nationalen Parlamente einen Vorschlag für einen neuen Vertrag auszuarbeiten.
- Diese Versammlung muss zu gleichen Tei-

len aus Frauen und Männern bestehen (statt – wie beim Konvent des abgelehnten Verfassungsvertrages – nur zu 16 Prozent aus Frauen), alle Sektoren der Gesellschaft einschließen und generationenübergreifend sein.

➤ Jeder neue Vertrag muss durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden. Das Ergebnis muss Land für Land gezählt werden.

➤ Während der Ratifizierungskampagnen haben die Europäischen Institutionen und die Mitgliedsstaaten für Regeln zu sorgen, die eine öffentliche Diskussion sicherstellen, unabhängig von ökonomischen Interessen zum Beispiel im Mediensektor und mit ausreichend Zeit für eine sorgfältige Diskussion.

TEIL II: INSTITUTIONELLER TEIL

2. DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Jeder neue Vertrag muss auf den besten existierenden demokratischen Prinzipien aufbauen. Die gegenwärtige EU beruht auf keiner klaren Gewaltentrennung und leidet an einem schweren Demokratiedefizit. Das Europäische Parlament kann weder Gesetze initiieren noch ein Budget beschließen noch hat es ein Mitentscheidungsrecht in allen Politikfeldern, obwohl es die einzige demokratisch gewählte EU-Institution ist; während die Kommission, die nicht gewählt ist, als einzige Institution Gesetze vorschlagen kann. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

➤ Die Prinzipien jedes neuen EU-Vertrages sollen sein: Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, repräsentative und partizipative Demokratie, ökonomische und soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit und Teilhabe, Solidarität, Geschlechtergleichheit und -demokratie, Nachhaltigkeit sowie Verpflichtung zum Frieden.

➤ Klare Trennung von Exekutive, Legislative und Judikative. Das Monopol der Kommission, Gesetze vorzuschlagen, muss ein Ende haben. Die Gesetzesinitiative muss allen EU-Institutionen und den BürgerInnen offen stehen.

➤ Das Europäische Parlament muss das Gesetzesvorschlags- und Mitentscheidungs-

recht in allen Politikfeldern erhalten. Ebenso das exklusive Recht, die Kommission und ihre einzelnen Mitglieder zu wählen und abzuwählen.

➤ Wir fordern eine Stärkung der nationalen Parlamente sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene: Die nationalen Parlamente müssen eine effektive Rolle in der europäischen und nationalen Gesetzgebung spielen.

➤ Der Text jedes neuen Vertrages muss die Kompetenzen der Union klar beschreiben und ebenso klar begrenzen gegenüber den Nationalstaaten und lokalen Ebenen. Dem Europäischen Gerichtshof muss so wenig Raum wie möglich gelassen werden, als De-facto-Gesetzgeber zu wirken.

➤ Die Europäische Zentralbank (EZB) muss unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Die Hauptziele ihrer Geldpolitik müssen ökonomische Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit für alle Menschen in Europa sein. Darüber hinaus muss die Eurogruppe ihre Verantwortung in der Wechselkurspolitik wahrnehmen, so wie sie in den bestehenden Verträgen vorgesehen ist.

3. TRANSPARENZ SCHAFFEN

Gegenwärtig sind BürgerInnen in ihrem Recht auf freien Informationszugang eingeschränkt. Diskussionen des Rates und des Ausschusses der Ständigen Vertreter finden häufig unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Lobbying ist ein weit verbreitetes Phänomen, das die Demokratie untergräbt. Wir fordern:

➤ Alle Sitzungen, Komitees und Arbeitsgruppen des Rates und der Ständigen Vertreter müssen öffentlich sein.

➤ Der Zugang zu Information muss für alle europäischen BürgerInnen garantiert sein.

➤ Im Vertrag müssen dem Lobbyismus klare Grenzen gesetzt werden. Alle LobbyistInnen, Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Kommission sowie Mitglieder der Ausschüs-

se müssen ihre Interessen und Finanzierung offen legen.

➤ Jeder neue Vertrag muss kurz, in klarer Sprache abgefasst und allgemein verständlich sein.

➤ Alle Sprachen müssen gleich behandelt werden. Alle offiziellen Dokumente der EU müssen in allen offiziellen Sprachen der EU verfügbar sein.

4. PARTIZIPATION UND DIREKTE DEMOKRATIE FÖRDERN

Ein neuer institutioneller Vertrag muss das Grundrecht der BürgerInnen auf direkte Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten fördern. Er muss verständliche, anwendbare und weitreichende Formen direkter Demokratie enthalten. Er könnte zum Beispiel folgende Rechte vorsehen:

➤ Ein bestimmter Anteil der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Anzahl von Mitgliedsstaaten kann ein Gesetz vorschlagen, über das im Europäischen Parlament debattiert und abgestimmt wird.

➤ Ein bestimmter Anteil der Gesamtbevölkerung in einer bestimmten Anzahl von Mitgliedsstaaten kann fordern, dass das Europäische Parlament ein Referendum in allen Mitgliedsstaaten organisiert. Das Ergebnis dieser Volksabstimmung muss verbindlich sein.

➤ Dem Einfluss von Unternehmensinteressen auf EU-Institutionen und Entscheidungsprozesse ist durch Transparenz und die Einschränkung des privilegierten Zugangs eine Grenze zu setzen.

➤ Verpflichtende Konsultation von sozialen Bewegungen und NGOs für die gesamte EU-Gesetzgebung auf der gleichen Grundlage wie die Konsultation anderer Interessengruppen.

➤ Das erste Referendum in allen Mitgliedsstaaten sollte jenes über den neuen Vertrag sein.

TEIL III: PRINZIPIEN FÜR EUROPÄISCHE POLITIKEN

5. GRUNDRECHTE VERBESSERN

Jeder neue Vertrag muss auf den fortschrittlichsten in internationalen Verträgen bestehenden Grundrechten aufbauen oder diese verbessern, insbesondere der Internationalen Charta der Menschenrechte, der Europäischen Konvention für den Schutz der Menschen- und Grundrechte (EMRK), der Turiner Version der Europäischen Sozialcharta und der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit. Die Aufnahme verbrieft Grundrechte im Vertrag ist ein notwendiger Schritt. Allerdings fehlen in der EU-Grundrechtscharta des vorgeschlagenen Verfassungsvertrages wichtige Grundrechte, einige sind in der Formulierung abgeschwächt, einige durch Erklärungen im Schlussakt stark eingeschränkt oder nicht einklagbar. Daher können sie nicht *Grundrechte* genannt werden. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

- Grundrechte wie sie in der EMRK, in der europäischen Sozialcharta und in der Europäischen Ordnung der sozialen Sicherheit festgelegt sind, müssen bei nationalen oder europäischen Gerichten einklagbar sein.
- Die EU muss der EMRK beitreten, so dass ihre Institutionen auch dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte unterworfen sind.
- Es muss ausdrücklich klargelegt werden, dass diese fundamentalen Rechte wie auch die Prinzipien des neuen Vertrages Vorrang vor dem Primär- und Sekundärrecht der EU haben.
- Grundrechte dürfen nicht durch nationales oder EU-Recht oder durch die persönliche Interpretation des Konventspräsidiums eingeschränkt werden.
- Jeder neue Vertrag soll betonen, dass allen Menschen gleicher Zugang zu sozialen und Arbeitsrechten garantiert wird, unabhängig von ihrem Ursprungsland.

➤ Die BürgerInnenrechte müssen allen in Europa lebenden Menschen verliehen werden.

➤ Die genannten Rechte müssen auch in der EU-Außenpolitik berücksichtigt werden (z.B. in der Sicherheitspolitik, Migrationspolitik, Umweltpolitik, Handelspolitik).

6. DEMOKRATISCHE ERRUNGENSCHAFTEN SCHÜTZEN UND VERBESSERN

Demokratische Errungenschaften: soziale, bürgerliche und Arbeitsrechte sowie Gesetze zum Schutz der Umwelt und der öffentlichen Gesundheit stehen unter starkem Druck durch Bestimmungen in früheren Verträgen, insbesondere die Prinzipien des Wettbewerbs und der Liberalisierung. Neue Verträge dürfen diese Errungenschaften nicht gefährden, sondern müssen den Menschen in Europa, den Parlamenten und Regierungen ein Werkzeug in die Hand geben, diese auf kooperativer Basis weiterzuentwickeln. Die europäischen Attac-Organisationen verlangen daher folgendes:

➤ Das Recht auf Tarifverträge und das Streikrecht; die Kernarbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation ILO müssen den Status von einklagbaren Grundrechten erhalten.

➤ Jedes Mitgliedsstaat muss die Möglichkeit haben, weiter gehende Bestimmungen in Bereichen wie soziale Sicherheit, Arbeitsstandards, Umweltschutz oder Schutz von Minderheiten zu erlassen oder beizubehalten.

➤ Die Europäische Union muss sich als eine Gemeinschaft der Kooperation und nicht als eine der Konkurrenz verstehen, deren Ziel es ist, die Umwelt-, Sozial- und Arbeitsstandards kontinuierlich zu erhöhen, um die Verfassungsprinzipien soziale Sicherheit und ökologische Nachhaltigkeit zu erfüllen. Regeln zur Verhinderung von Sozial- und Steuer-

dumping müssen geschaffen werden.

➤ Es muss festgehalten werden, dass Eigentumsrechte Verpflichtungen mit sich bringen und dass die Ausübung von Eigentumsrechten immer gleichzeitig dem öffentlichen Wohlergehen dienen muss.

➤ Wirtschaftsdemokratie und ökonomische Teilhaberechte müssen auf allen Ebenen verstärkt werden.

7. OFFENHEIT GEGENÜBER ALTERNATIVEN WIRTSCHAFTSORDNUNGEN

Jeder neue Vertrag muss die erwähnten Grundwerte und demokratischen Prinzipien respektieren. Er muss die Möglichkeit bieten, wirtschaftspolitische Alternativen umzusetzen, anstatt ein bestimmtes Wirtschaftsmodell zu verankern, wie es der vorgeschlagene Verfassungsvertrag und frühere Verträge tun, indem sie sich wiederholt auf eine „offene Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“ festlegen.¹ Dies hat weder in einem Verfassungsvertrag noch in einem Vertrag über die Institutionen etwas zu suchen. Welches Wirtschaftsmodell und welche Regulierungsform gewählt wird, muss dem demokratischen politischen Prozess überlassen werden. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

➤ Ein Vertrag darf kein spezifisches Wirtschaftsmodell festlegen und muss auf allen Ebenen alternative Entscheidungen zulassen.

➤ Der „freie“ Wettbewerb darf kein allem übergeordnetes Prinzip der EU sein. Die Definition der Bereiche, in denen „freier“ Wettbewerb zugelassen ist und derer, von denen er ausgeschlossen ist (z.B. Trinkwasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft) muss durch demokratische Prozesse auf der nationalen und der EU-Ebene entschieden werden. In keinem Fall dürfen

¹ Art. III-177 (=Art. 4 EGV), III-178 (=Art.98 EGV) und III-185 (= Art. 105 EGV).

solche Festlegungen in die Verfassung aufgenommen werden.

➤ Europäisches Recht, insbesondere das Wettbewerbsrecht, darf nicht das Recht von Mitgliedsstaaten untergraben, öffentliche Güter zu definieren, zu organisieren und zu finanzieren, z. B. Wasserversorgung, Gesundheit, Bildung oder öffentlicher Verkehr. Im Gegenteil, es muss ein entscheidendes Anliegen der EU sein, öffentliche Güter auf allen Ebenen zur Verfügung zu stellen und zu verbessern.

8. NICHT MITTEL, SONDERN ZIELE DEFINIEREN

Eine funktionierende und lebendige Demokratie bestimmt die Mittel, mit denen die Verfassungsziele erreicht werden. Die Verankerung der konkreten politischen Werkzeuge in der Verfassung ist unzulässig. Beispiele:

➤ Das Ziel der Verkehrspolitik sollte „nachhaltige Mobilität“ und „gleicher Zugang zu Mobilität für alle“ sein, und nicht der Aufbau transeuropäischer Netzwerke², einschließlich Autobahnen, Schnellstraßen und Hochgeschwindigkeitsbahnen.

➤ Die Ziele der Agrarpolitik sollten „nachhaltige Landwirtschaft“, die Erhaltung kleinbetrieblicher Strukturen sowie die „Produktion gesunder und ausreichender Nahrung“ sein, nicht „Produktivitätssteigerung“, „Rationalisierung“ oder „die bestmögliche Nutzung der Produktionsfaktoren, insbesondere der Arbeit“³.

➤ Das „vorrangige Ziel“ der Europäischen Zentralbank (EZB) sollte nicht „Preisstabilität“⁴ sein, sondern ökonomische Gerechtigkeit, Vollbeschäftigung und Wohlstand für alle.

➤ Das ökologische Nachhaltigkeitsprinzip

² Art. III-246 (=Art. 154 EGV).

³ Art. III-227 (=Art. 33 EGV).

⁴ Art. III-177 (=Art. 4 EGV) und III-185 (= Art. 105 EGV).

muss Vorrang vor den Marktfreiheiten und der Profitlogik genießen. Es muss Leitprinzip der Energie-, Transport- und Landwirtschaftspolitik sein.

9. SPIRALE NACH OBEN BEI SOZIAL- UND STEUERSTANDARDS

In einer Region wie der EU mit Wirtschaften, die über Jahrzehnte der Liberalisierung in Fragen des Handels, der Finanzen und der Investitionen tiefgehend integriert worden sind, wetteifern die Mitgliedsstaaten gegeneinander um niedrigere Steuern und Sozialstandards. Um diese Dynamik zu stoppen, müssen Gegenmaßnahmen auf EU-Ebene ergriffen werden können. Jeder neue Vertrag soll Bestimmungen enthalten, die eine Spirale nach oben anreizen. Die europäischen Attac-Organisationen schlagen vor:

➤ Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuervermeidung und Steuerwettbewerb müssen erleichtert werden. Ambitionierte Mindeststandards sollen auf EU-Ebene beschlossen werden, besonders bei der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und Kapitaleinkommen.

➤ Die viel zu schwache Sozialpolitik der EU muss durch ein ehrgeiziges, transparentes und einklagbares Bündel von hohen sozialen Mindeststandards und Rechten ersetzt werden.

Diese Regelungen müssen den unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsstand der Mitgliedsländer berücksichtigen, z.B. durch „Korridore“, die höhere Standards für reichere Mitgliedsstaaten und niedrigere Standards für ärmere Mitgliedsstaaten vorsehen. Diese Regeln müssen so definiert werden, dass sie in keinem Mitgliedsstaat höhere Standards verhindern können.

Wenn eine Gruppe von Mitgliedsstaaten zum Beispiel eine umfassendere Sozialpolitik oder höhere Arbeitsstandards beschließen möchte als EU-weit gelten, haben diese Staaten die Möglichkeit, ein Kooperationsabkommen

über die betreffenden Themen zu unterzeichnen.

10. FRIEDENSPFLICHT UND SOLIDARITÄT

Ziel der Sicherheitspolitik sollte „Friede“ (im umfassendsten Sinn) sein und nicht Aufrüstung auf EU-Ebene. Der vorgeschlagene Verfassungsvertrag sieht vor: „Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“⁵ Die Errichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur hätte unter anderem die Rüstungsentwicklung zur Aufgabe. Jeder neue Vertrag sollte ein klares politisches Ziel der EU definieren: Die EU sollte eine Hauptrolle bei der Definition einer neuen internationalen und multilateralen Ordnung spielen, die der Herbeiführung des Friedens und der Ächtung von Krieg und Militarisierung als Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte dient. Insbesondere verurteilen wir das neoliberale Konzept der „präventiven Kriegsführung“. Die europäischen Attac-Organisationen fordern:

➤ Absolute Einhaltung des Völkerrechts, einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Atomwaffensperrvertrages mit seiner Abrüstungsverpflichtung. Darüber hinaus muss die EU auf eine demokratische Reform der UNO drängen.

➤ Förderung der weltweiten Abrüstung, beginnend im eigenen Land.

➤ Die Unabhängigkeit der EU von der NATO muss sichergestellt werden.

➤ Relevante Investitionen in den Aufbau von Institutionen, die zu friedlicher Konfliktbeilegung arbeiten und forschen, in allen Mitgliedsländern und auf EU-Ebene.

➤ Obligatorisches Prinzip der Geschlechterparität in der Politik und bei den TeilnehmerInnen an allen außenpolitischen Aktivitäten der Europäischen Union.

⁵ Art I-41.

Diese Prinzipien wurden von rund 15 europäischen Attac-Organisationen erarbeitet. Viele Auffassungsunterschiede wurden überwunden, andere in einer Weise gelöst, dass eine Weiterentwicklung nicht behindert wird. Obwohl die Prinzipien ohne Zweifel verbessert und um weitere ergänzt werden können – wir fordern politische Alternativen zur Festung Europa, zur Kriminalisierung von MigrantInnen, zu unfairen Handelsregeln, Verschuldung und Armut sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den armen Ländern auf gleicher Augenhöhe –, sind wir überzeugt, dass sie einen guten Ausgangspunkt für eine fortschrittliche und bürgerInnennahe Antwort auf den Versuch der Regierungen darstellen, den abgelehnten Verfassungsvertrag wiederzubeleben oder die Europäische Integration in gleicher Weise voranzutreiben wie bisher. Wir sind der Ansicht, dass die Antwort der Bevölkerungsmehrheit in Frankreich und Holland beide Optionen ausschließen sollte.

Das vorliegende Dokument ist nicht nur eine Positionierung und eine Grundlage für gemeinsame Aktionen der unterzeichnenden Attac-Organisationen, sondern es will auch die Diskussion mit anderen fortschrittlichen Organisationen über Europa eröffnen. Nur mit einem breitestmöglichen Bündnis wird es uns gelingen, eine andere Politik für Europa als die im abgelehnten Verfassungsvertrag vorgesehene zu begründen.

Attac setzt sich für partizipative Demokratie, für demokratische Institutionen und für Kooperation in Europa und weltweit ein. Dieser Rahmen erlaubt uns, unsere Vorschläge für ökonomische und soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergleichstellung und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen in Europa und weltweit voranzubringen.

Amsterdam, Athen, Berlin, Bern, Brüssel, Budapest, Helsinki, Jersey, Kopenhagen, Madrid, Oslo, Paris, Rom, Stockholm, Warschau, Wien, am 11. März 2007

Die 287 Seiten des Reformvertrags können eingesehen werden:

<http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>

Ratifizierung: http://de.wikipedia.org/wiki/Reformvertrag#Stand_der_Ratifizierung

Kritische Stimmen sind u. a. dort zu finden:

Attac Österreich: <http://community.attac.at/euattac.html>

TERMINE: <http://community.attac.at/5691.html>

Attac Deutschland: <http://www.attac.de/aktuell/lissabon/aktuelles/>

Attac Frankreich: <http://www.france.attac.org/spip.php?rubrique1040>

Europa zu einem alternativen Pol machen, <http://sandimgetriebe.attac.at/5192.html>

Irische Nein-Kampagne : <http://www.caeuc.org>

Plattform Volxabstimmung, Österreich <http://www.volxabstimmung.at>

Britische Referendumskampagne : <http://www.iwantareferendum.com>

Europäisches Sozialforum, Charta der Prinzipien für ein anderes Europa <http://www.europe4all.org>

European Referendum Campaign: <http://www.erc2.org/>

Bürgerinitiative Deutschland : <http://www.eu-vertrag-stoppen.de>

Euromarsch <http://www.euromarches.org/deutsch/>

Friedensratschlag: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Europa/verf/Welcome.html>

IMI, Studien zur Militarisierung Europas, <http://www.imi-online.de/eu-projekt/>

<http://www.reformvertrag.de> - <http://www.mehr-demokratie.de/europa.html>

Sand im Getriebe Nr. 57 „Wohin steuert Europa“, Nr. 62 „EU - eine imperiale Großmacht?“; Nr.65, 67 - Diese und weitere Artikel zur EU (Nr. 29, 38, 40, 43, 44, 45) in: <http://community.attac.at/5676.html> oder <http://www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/> (pdf)

Pierre Khalfa, Attac Frankreich

Reformvertrag der EU:

sowohl Methode als auch Inhalt sind inakzeptabel

Mehrere hundert Seiten mit 297 Veränderungen der bestehenden Verträge, zwölf Protokollen und mehreren Dutzenden Erklärungen, die denselben juristischen Rang genießen, wie die Verträge selbst, das ist der „Reformvertrag“ der Europäischen Union. Es geht hier nicht darum, einen erschöpfenden Kommentar dieses Werkes zu liefern, eine ganze Reihe von Fragen wird bewusst nicht behandelt, sondern einige Punkte und ein allgemeines Urteil zu formulieren.

August 2007

Vertragstext unter <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2007:306:SOM:DE:HTML>

Eine Methode, die jegliche demokratische Debatte ausschließt

Die gemeinsame Erklärung der Regierungen der Union, die in Berlin anlässlich der Feiern des 50-jährigen Jubiläums der Römischen Verträge angenommen wurde, setzte sich zum Ziel, „die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen“. Alles sollte demnach unternommen werden, damit die Europawahlen nicht etwa zu einem Moment politischer Debatte über die Zukunft der Union werden könnten. Der Europäische Rat vom 21. und 22. Juni hat diese Tagesordnung bestätigt. Dieser Europäische Rat hat die schlimmsten Momente des europäischen Aufbaus wieder heraufbeschworen, indem er ein Schauspiel einer Versammlung hinter verschlossenen Türen bot, dessen Bedingungen den BürgerInnen der Union wieder einmal entgingen.

Einen Monat später legt die portugiesische Präsidentschaft ein Projekt vor, das am 18. oder 19. Oktober durch den Rat angenommen werden soll. In knapp zwei Monaten soll alles fertig sein. Die Geschwindigkeit, mit der all dies zustande kommt, sagt einiges über das Konzept Europas und der Demokratie aus, mit dem die Regierungen Europas anscheinend operieren. Das doppelte französische und niederländische Nein zum Verfassungsvertrag war unter anderem eine Ablehnung

der Methode, auf der die europäische Konstruktion bis jetzt beruhte: Geheimverhandlungen zwischen den Staaten, Mangel an Transparenz über die Inhalte der wichtigen Themen, Verweigerung einer öffentlichen Debatte.

Man hätte glauben können, dass nach der Episode des Europäischen Verfassungsvertrages (EUV), die Regierungen zumindest diese Verhaltensweisen nicht reproduzieren würden. Das Gegenteil hat sich herausgestellt, und wir wohnen der Darbietung des klaren Willens bei, die Bürger Europas von jeder Debatte zur Zukunft der Union auszuschließen. Offensichtlich hat das doppelte französische und niederländische Nein die europäischen Regierungen so erschreckt, dass sie nunmehr auch nur das kleinste Risiko eingehen wollen: alles soll ganz schnell gehen, damit eine eventuelle Reaktion durch die Bürger durchkreuzt werden kann.

Und tatsächlich wird man die Regierungen, die es wagen werden, einen solchen Vertrag per Referendum absegnen zu lassen, an den Fingern einer Hand abzählen können.

Frankreich wird nicht dazugehören, hat der neue Präsident der Republik schon jetzt beschlossen.

Diese Methode ist inakzeptabel und läuft den Forderungen zahlreicher europäischer Bürgerbewegungen zuwider, wie zum Beispiel den europäischen Attac-Vertretern, die fordern, dass „eine neue und demokratische Versammlung, die direkt von den BürgerInnen aller EU-Mitgliedsstaaten gewählt wird, das

Mandat erhält, unter wirksamer Beteiligung der nationalen Parlamente einen Vorschlag für einen neuen Vertrag auszuarbeiten“ und dass „jeder neue Vertrag durch Referenda in allen Mitgliedsstaaten legitimiert werden muss.“

Der Inhalt steht in der Kontinuität der bisherigen Orientierungen

Der „Reformvertrag“ ändert die beiden existierenden Verträge, den „Vertrag über die Europäische Union“ (EUV) und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, welcher in "Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union" (AEUV) umbenannt werden soll.

Die Präambel des EUV ist durch die Hinzufügung eines Absatzes geändert worden, der feststellt, dass die Union sich aus dem religiösen Erbe Europas inspirieren soll. Wenn ein derartiger Hinweis aufrechterhalten bleiben sollte, wären das ein Sieg für die obskurantistischen Zirkel Europas und ein bedeutender ideologischer Rückschritt. Wir müssen vom Präsidenten der Republik verlangen, dass Frankreich gegen diese Formulierung sein Veto ausspricht, die im Gegensatz zum Prinzip der Laizität (d.h. der Trennung von Staat und Kirche) steht.

Konkurrenz

Die Presse hat den „Erfolg“ von Sarkozy sehr hochgespielt, der erreicht haben will, dass der Ausdruck *„freier und unverfälschter Wettbewerb“* nicht als Ziel der Union erwähnt wird. Es handelt sich sicherlich um einen symbolischen Sieg der Anhänger des Neins gegen den Verfassungsvertrag, und symbolische Siege sind nicht zu vernachlässigen, denn sie verleihen den weitergehenden Kämpfen Legitimität. Aber wird dies nun irgendwelche konkrete Auswirkungen haben?

Das Prinzip der Konkurrenz bleibt in einer ganzen Reihe von Artikeln der Verfassung präsent. Zitieren wir zum Beispiel den Artikel 105, der im AEUV aufrechterhalten wird, der *„das Prinzip einer offenen Marktwirtschaft“* bestätigt, in der *„freier Wettbewerb herrscht“*. Dieses Prinzip steht sogar im Kern der Mehrzahl der europäischen Gesetzestexte, die in Kraft bleiben, insbesondere denen, die die öffentlichen Dienstleistungen liberalisieren.

Schließlich ruft, um auch jede falsche Interpretation zu verhindern, das Protokoll Nr. 6 das in dieser Frage anzuwendende Prinzip klar in Erinnerung: *„dass der Binnenmarkt, wie er in Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union beschrieben wird, ein System umfasst, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt“ (S. 156)*. Der Artikel 2 (S. 11) nennt die Ziele der Union. Auf diese Weise wird der unverfälschte Wettbewerb in die Ziele der Union wiedereingeführt, aus denen er verschwunden schien. Um den Punkt auch richtig einzuhämmern und gut zu zeigen, dass es hier nicht nur um ein theoretisches Ziel geht, sagt das Protokoll Nr. 6, dass *„für diese Zwecke die Union erforderlichenfalls nach den Bestimmungen der Verträge, einschließlich des Artikels 308 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, tätig wird.“ (S. 156)*.

Man sieht es: die Macht des Wettbewerbsrechts bleibt identisch. Es bleibt grundlegendes Recht zur Gestaltung der Union, ein normatives Recht, wahrhaftiges „Verfassungs

recht“, das die meisten anderen europäischen Texte für die meiste Zeit zu bloßen Willenserklärungen ohne praktische, operationelle Tragweite reduziert.

Eine Veränderung des Artikels 93 im AEUV, der sich um die Steuerharmonisierung, unter anderem um Gesetze hinsichtlich der Umsatzsteuern dreht, stellt fest, dass diese Harmonisierung stattfinden sollte „um Wettbewerbsverzerrungen vorzubeugen“. Dennoch bleibt diese Harmonisierungsprozedur der Einstimmigkeit aller Mitgliedsstaaten vorbehalten. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass festzuhalten gewesen wäre, in welche Richtung sie stattfinden soll, da einige Länder gar keine Körperschaftssteuer haben, wird eine derartige Harmonisierung anscheinend nicht so bald zustande kommen.

Handelspolitik/Kapitalverkehr

Die Handelspolitik der Union setzt sich zum Ziel „die Integration aller Länder in die Weltwirtschaft zu fördern, unter anderem auch durch den schrittweisen Abbau internationaler Handelshemmnisse; (neuer Artikel 10A e) EUV, S. 24). Der verallgemeinerte Freihandel bleibt der nicht zu überschreitende Horizont der europäischen Politikmuster.

Dieses Ziel ist in erweiterter Form durch den Artikel 188 des EUV bestätigt, der vorschreibt, dass die *„Durch die Schaffung einer Zollunion nach den Artikeln 23 bis 27 trägt die Union im gemeinsamen Interesse zur harmonischen Entwicklung des Welthandels, zur schrittweisen Beseitigung der Beschränkungen im internationalen Handelsverkehr und bei den ausländischen Direktinvestitionen sowie zum Abbau der Zollschränken und anderer Schranken bei.“* (S. 92) Dieser Artikel ändert die augenblickliche Fassung in Richtung einer noch größeren Liberalisierung: die direkten Auslandsinterventionen und die „anderen“ nicht-tarifären Handelshemmnisse

erscheinen im ursprünglichen Artikel nicht. Die neuere Fassung verweist auf „*nicht-tarifäre Handelshemmnisse*“, wie zum Beispiel Umweltnormen oder Verbraucherschutz, die das Ziel der angestrebten Liberalisierung, unter anderem durch die WTO sind.

„Der Rat beschließt ebenfalls einstimmig über die Aushandlung und den Abschluss von Abkommen in den folgenden Bereichen:

a) Handel mit kulturellen und audiovisuellen Dienstleistungen, wenn diese Abkommen die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union beeinträchtigen könnten;

b) Handel mit Dienstleistungen des Sozial-, des Bildungs- und des Gesundheitssektors, wenn diese Abkommen die einzelstaatliche Organisation dieser Dienstleistungen ernsthaft stören und die Verantwortlichkeit der Mitgliedstaaten für ihre Erbringung beeinträchtigen könnten.“ (S. 93)

Eine Frage bleibt unbeantwortet: wer wird entscheiden, ob die genannten Risiken bestehen?

Der Veränderungsvertrag berührt offensichtlich nicht die Freiheit des Kapitalverkehrs, nicht nur zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern auch unter diesen und mit Drittländern (Art. 56 AEUV), und die Einstimmigkeit der Staaten bleibt ebenfalls für jegliche Maßnahme erforderlich, die dazu dient, die Liberalisierung der Kapitalströme einzudämmen (Art. 57-3, AEUV).

Rolle der EZB/Wirtschaftspolitik

Die Preisstabilität ist nunmehr Teil der Ziele der Union (Artikel 3 des veränderten EUV). Man kann anmerken, dass im augenblicklichen EUV die Preisstabilität nicht zu den Zielen der Union gehörte. Sie war nur eines der Ziele der europäischen Zentralbank (EZB), die im Artikel 105 des EGV zur Errichtung der Europäischen Gemeinschaft aufgeführt sind.

Wenn dieser Zusatz zu den Zielen der Union auch an ihrer Praxis nichts ändern wird, ist er dennoch symbolisch, um so mehr als natürlich nichts zum Thema der Inflation der finanziellen Aktivposten gesagt wird, die nichtsdestoweniger einer der Gründe der Funktionsschwierigkeiten der Weltwirtschaft sind.

Dieser Artikel 105 wird im AEUV aufrechterhalten, und darüber hinaus wird noch ein neuer Artikel 245b über die EZB hinzugefügt, der dieses Ziel bekräftigt, um es noch einmal einzuhämmern, sollte dies noch nötig sein.

Die Unabhängigkeit der Zentralbank wird selbstverständlich aufrechterhalten (Art. 108 AEUV), und sie wird als ihr einziges Ziel die Aufrechterhaltung der Preisstabilität haben, im Gegensatz zu den anderen Zentralbanken.

Die Erklärung 17 bekräftigt das Festhalten der Regierungskonferenz (RK) an der Strategie von Lissabon und hält zum verschärften Wettbewerb an. Sie lädt zu einer *„Restrukturierung der Einnahmen und öffentlichen Ausgaben, in striktem Respekt der Haushaltsdisziplin in Übereinstimmung mit den Verträgen und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt“* ein.

Sie setzt sich zum Ziel, allmählich „einen Haushaltsüberschuss in Perioden günstiger Konjunktur zu erreichen“. Kurz gesagt, die übliche neoliberale Doktrin verschlimmert durch die Vorgabe, sogar einen Haushaltsüberschuss zu erreichen.

Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die gemeinsame Verteidigung wird nur im Rahmen der NATO gesehen. Die Beziehung zur NATO wird verstärkt. Die augenblickliche Formulierung (Art. 17-4 EUV) zeigt, dass die Zusammenarbeit im Rahmen der NATO nur in dem Maße stattfinden kann, *„wie diese Zusammenarbeit der in diesem*

Paragrafen vorgesehenen nicht zuwiderläuft und sie nicht hindert“.

Die neue Formulierung koppelt eine zukünftige europäische Verteidigung enger an die NATO: *„Die Verpflichtungen und die Zusammenarbeit in diesem Bereich bleiben im Einklang mit den im Rahmen der Nordatlantikvertrags-Organisation eingegangenen Verpflichtungen, die für die ihr angehörenden Staaten weiterhin das Fundament ihrer kollektiven Verteidigung und das Instrument für deren Verwirklichung ist.“.* (zukünftiger Artikel 27-7 EUV, S. 35).

Das Protokoll Nr. 4 hämmert dies noch ein, in dem es in Erinnerung ruft, *„dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Union die aus dem Nordatlantikvertrag erwachsenden Verpflichtungen der Mitgliedstaaten achtet“* und *„dass eine maßgeblichere Rolle der Union im Bereich von Sicherheit und Verteidigung im Einklang mit den sogenannten Berlin-plus-Vereinbarungen zur Vitalität eines erneuerten Atlantischen Bündnisses beitragen wird“* (S. 154)

Der Militarismus wird offiziell befördert: *„Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“* (S. 34) (zukünftiger Artikel 27-3 EUV). Das ist übrigens die einzige Stelle, wo der Vertrag die Mitgliedsstaaten dazu anhält, ihre öffentlichen Ausgaben zu erhöhen!

Im Namen des Kampfes gegen den Terrorismus werden die Militärinterventionen im Ausland unterstützt: *„Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“* (S. 35) (zukünftiger Artikel 28b EUV).

Solch ein Artikel ermächtigt im Grunde zu jedwedem militärischen Abenteuer.

Zwischen Pest und Cholera

Die « Ziele der Union » sind im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht, formuliert und danach mehrmals modifiziert worden. In Artikel 3 -2 des mittlerweile zu Grabe getragenen Vertrages über eine Europäische Verfassung las man bezüglich der Ziele: „Die Union bietet ihren Bürgerinnen und Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen und einen Binnenmarkt mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb.“

Hier nun die neue Formulierung, die nebenbei bemerkt identisch ist mit der des Vertrages von Amsterdam aus dem Jahr 1997:

„Die Union gewährt Ihren Bürgern einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen, in dem in Verbindung mit geeigneten Maßnahmen in Bezug auf die Kontrollen an den Außengrenzen, das Asyl, die Einwanderung sowie die Verhütung und Bekämpfung der Kriminalität der freie Personenverkehr gewährleistet ist.“

Die Jagd auf Menschen ohne Papiere war auch aus dem Europäischen Verfassungsvertrag nicht ausgeklammert, wie aus dessen Teil III ersichtlich ist. Und auch jetzt ist sie wieder mit im Spiel, erhoben in den Rang eines Zieles der Union, an der Stelle wo es ehemals um den freien und unverfälschten Wettbewerb ging. Schwierig, zu entscheiden, welches von diesen beiden Übeln das kleinere ist!

Charta der Grundrechte

Die Charta der Grundrechte ist nicht in den Veränderungsvertrag aufgenommen worden. Die Erklärung Nr. 11 schreibt vor, dass sie am Tag der Unterzeichnung der zwei veränderten Verträge „feierlich durch das europäische Parlament, den Rat und die Kommission verkündet“ werden soll. Diese Erklärung nimmt auch den ganzen Text wieder auf. Der

Artikel 6 des EUV zu den Grundrechten ist neu geschrieben worden, um auf die Charta hinzuweisen, „die denselben rechtlichen Rang genießt wie die Verträge“. Die Charta ist demnach „rechtlich verbindlich“ (Erklärung 31). Nun kommt es darauf an zu wissen bis zu welchem Grade.

Tatsächlich sind die in ihr enthaltenen sozialen Rechte von sehr geringer Tragweite. So besteht kein Recht auf Arbeit oder Anstellung, und es erscheint nur, „ein Recht zu arbeiten“. Das Recht auf soziale Sicherheit wird durch ein einfaches „Recht auf Zugang zu den Leistungen der sozialen Sicherheit und zu den sozialen Diensten“(Art.34,1) ersetzt. Dieses Recht ist demnach ein Rückschritt gegenüber der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der französischen Verfassung. Letztere bestätigt, dass jede/r das Recht hat, eine Anstellung zu erhalten. und dass „(die Nation) allen den Schutz ihrer Gesundheit und ihre materielle Sicherheit garantiert“. Sicherlich erfordern diese Rechte, um angewandt zu werden, täglichen Kampf, aber es ist gut, dass sie überhaupt bestehen.

Andere Themen schaffen sogar noch mehr Probleme. Das Recht auf Abtreibung und auf Verhütung wird von der Charta nicht anerkannt. In diesem Rahmen muss man fürchten, dass die Bestätigung des „Rechtes auf Leben“ verwendet werden könnte, um diese Rechte vor dem Gerichtshof anzufechten.

Im Wesentlichen wird die Anwendung der in dieser Charta enthaltenen Rechte an die „einzelstaatlichen Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten“ zurückverwiesen. Diese Charta schafft demnach grundsätzlich kein europäisches Sozialrecht, das in der Lage wäre, das Recht auf Wettbewerb aufzuwiegen, das auf europäischer Ebene vorherrschend bleibt. Als Kirsche auf dem Kuchen finden wir noch, dass diese Rechte eingeschränkt werden können, sollte dies „notwendig“ sein.

Im Übrigen wird ihr Geltungsbereich explizit eingeschränkt. Ihr Text sagt an, dass sie „keinerlei neue Kompetenz bzw. Aufgabe für die Union schafft, und die Kompetenzen und Aufgaben, die in den Verträgen definiert sind, nicht verändert“, eine Formulierung, die - man kann gar nicht vorsichtig genug sein - auch in der Neuformulierung des Artikels 6 des EUV und in der Erklärung 31 wieder aufgegriffen wird. Mehr noch, „ihre Anrufung (der Vorschriften der Charta) ist nur zur Kontrolle der Auslegung und der Rechtmäßigkeit (der Gesetze, die von den Institutionen der Union und der Staaten angenommen werden) möglich“, was ihre juristische Tragweite sehr stark einschränkt.

Weiter sagt die Charta an, dass sie „von den Gerichtsbarkeiten der Union und der Mitgliedsländer unter Berücksichtigung der Erklärungen des Präsidiums der Konvention, die sie ausgearbeitet hat, und unter der Verantwortung des Präsidiums der europäischen Konvention auf den neuesten Stand gebracht und ausgelegt werden wird“. Diese „Erklärungen“, die in der Erklärung 12 aufgeführt sind, schränken in den meisten Fällen die Tragweite der in der Charta enthaltenen Rechte ein.

Schließlich wurde der 4. Spiegelstrich des Artikels 2 des EUV über die Grundrechte, der vorsah, dass „sich die Union mit den notwendigen Mittel versieht, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Politik durchzuführen“ abgeschafft, was nur bestätigt, dass diese Charta kaum eine Möglichkeit haben wird, die öffentlichen europäischen Politikmuster zu beeinflussen.

Trotz all dieser Vorsichtsmaßnahmen ist dieser Text einigen Regierungen noch zuviel. So haben Großbritannien und Polen das Recht auf Ausnahme erwirkt (*Protokoll Nr.7, S. 157*)

Öffentliche Dienstleistungen

Der Artikel 16 des Vertrags zur Einsetzung der Europäischen Gemeinschaft erkennt die Dienstleistungen im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse (DAWIs) als „gemeinsamen Wert der Union an“ und sagt an, dass die Union und ihre Mitglieder „darauf Acht geben, dass diese Dienstleistungen auf der Grundlage von Prinzipien und unter Bedingungen funktionieren, die es ihnen ermöglichen, ihren Zweck zu erfüllen“.

Dieser Artikel wurde geändert. Er wurde Artikel 14 des AEUV. Die neue Formulierung nennt explizit die Notwendigkeit für die Union und ihre Mitgliedsstaaten, die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen sicherzustellen, die es den DAWIs erlauben, ihren Zweck zu erfüllen. Darüber hinaus wird ein neuer Satz hinzugefügt, der ansagt, dass „das europäische Parlament und der Rat diese Prinzipien aufstellen und ihre Bedingungen festlegen“.

Diese Änderungen sind positiv. Sie berühren jedoch nicht das Wesentliche. Tatsächlich wird die Umsetzung dieses Artikels ausdrücklich den Artikeln 86 und 87 des Vertrages unterworfen. Diese Artikel sind im AEUV beibehalten worden. Der Artikel 86 hat eine außergewöhnliche Tragweite. Er ist sozusagen der Killer der öffentlichen Dienstleistungen. Diese werden den Regeln des Wettbewerbs unterworfen. Sie können sich diesen nicht entziehen, wenn dies der Entwicklung des Handels „in einem dem Interesse der Gemeinschaft zuwiderlaufenden Maße“ hinderlich ist. Es ist die Kommission, die mögliche Vergehen beurteilt. Die Kommission hat somit alle Macht, die öffentlichen Dienstleistungen für den Wettbewerb zu öffnen. Dieser Artikel liefert die rechtliche Grundlage für die Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Der Artikel 87 macht im Grunde jede staatliche Hilfe aus Gründen des Allgemeininteresses unmöglich.

Der Verweis auf die Artikel 86 und 87 entleert tatsächlich den neuen Artikel 14 jeglicher operationellen Tragweite für die Entwicklung der öffentlichen Dienstleistungen.

Das Protokoll Nr. 9 (S. 158) bezieht sich auf die Dienstleistungen im allgemeinen Interesse (DAIs). Es ist das erste Mal, dass ein Text mit der juristischen Tragweite der Verträge sich auf die DAIs erstreckt. Es geht um die Interpretationsverfügungen, die sich im Anhang des AEUV finden. Der erste Artikel präzisiert den Artikel 14 über die DAWIs. Er schreibt „*ein hohes Niveau in Bezug auf Qualität, Sicherheit und Bezahlbarkeit, Gleichbehandlung und Förderung des universellen Zugangs und der Nutzerrechte*“ vor. Es steht zu befürchten, dass diese allgemeinen Formulierungen, die schon in anderen europäischen Texten zu finden sind, im Vergleich zum allgemeinen Mandat zur Öffnung für die Konkurrenz, die für die DAIs die Regel bleibt, nicht ernst genug genommen wird.

Anscheinend innovativer, bezieht sich der Artikel 2 auf die DAIs: „*Die Bestimmungen der Verträge berühren in keiner Weise die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten, nichtwirtschaftliche Dienste von allgemeinem Interesse zur Verfügung zu stellen, in Auftrag zu geben und zu organisieren.*“ Dieser Artikel scheint die DAIs vor den Wettbewerbsregeln in Schutz zu nehmen. Das Problem rührt jedoch von der Definition der „nichtwirtschaftlichen Dienstleistungen“ her, die nicht im Text präsentiert wird.

Ein Urteil des Gerichtshofes (C-180-184/98) legt fest, dass „*eine wirtschaftliche Aktivität jegliche Aktivität ist, die darin besteht, Güter und Dienstleistungen auf einem gegebenen Markt anzubieten*“. Mit diesem Typ Definition kann quasi alles als „wirtschaftliche Aktivität“ betrachtet und somit den Regeln des Wettbewerbs und des Binnenmarkts unterworfen werden. Und tatsächlich, in einem Bericht über die Dienstleistungen im allge-

meinen Interesse aus Anlass des Europäischen Rates in Laeken Ende 2001, stellt die Kommission fest, dass es „*nicht a priori möglich ist, eine definitive Liste aller Dienstleistungen im allgemeinen Interesse aufzustellen, die als nichtwirtschaftlich zu betrachten sind*“. Sie sagt außerdem, dass die „*Spanne der Dienstleistungen, die auf einem Markt angeboten werden können, von technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Mutationen abhängt*“, der Unterschied zwischen Dienstleistungen im allgemeinen Interesse und Diensten im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse demnach an Pertinenz verliert. Daher läuft der Artikel in diesem Rahmen große Gefahr, keinerlei praktische Wirkungskraft entfalten zu können.

Gesundheit/soziale Sicherheit

Der veränderte Artikel 18 des AEUV bezieht sich auf das freie Verkehrsrecht in der Union für jede/n ihrer BürgerInnen. Ein neuer Artikel 3 wird geschaffen. Er legt fest, dass zu diesem Zweck, „*der Rat, im Einklang mit einem speziellen Gesetzgebungsverfahren, Maßnahmen festsetzen kann, die soziale Sicherheit oder soziale Sicherung betreffen*“. Die Tragweite dieses Artikels ist sicherlich begrenzt und die Einstimmigkeit der Staaten ist notwendig. Jedoch bleibt die größtmögliche Wachsamkeit am Platz, wenn man den Hang der Kommission kennt, sich durch die kleinste rechtliche Lücke zu zwängen, um öffentliche Politikmaßnahmen in Frage stellen zu können.

Der veränderte Artikel 42 des AEUV bezieht sich auf die Rechte der MigrantInnen in punkto soziale Sicherheit. Das Einstimmigkeitsverfahren der Staaten wird durch eine komplexere Prozedur ersetzt, die es einem Staat ermöglicht, ein Projekt sofort und für eine Dauer von 4 Monaten zu blockieren.

Die Erklärung 14 legt fest, dass „*falls ein Gesetzesvorhaben (...) die grundsätzlichen Aspek-*

te des sozialen Sicherungssystems eines Mitgliedsstaates in Frage stellen könnte (...), die Interessen dieses Mitgliedsstaates dann entsprechend berücksichtigt werden“ würden. Die Notwendigkeit einer solchen Erklärung sagt viel über das, was eventuell in Betracht kommen könnte.

Der Artikel 176 E des AEUV, der den Artikel 152 des Europäischen Gemeinschaftsvertrages modifiziert, bekräftigt die Verantwortlichkeit der Mitgliedsstaaten was die Definition ihrer Gesundheitspolitik, einschließlich der ihr zur Verfügung stehenden Mittel, angeht. Es wäre jedoch nützlich und notwendig gewesen, dass der Vertrag, angesichts des sehr weiten Auseinanderklaffens der Systeme der sozialen Sicherung seit der Erweiterung von 2004, präzisere Ziele für die allgemeine Gesundheit festlegt, und ein Minimalziel für den Anteil der Gesundheitsausgaben im BIP der betroffenen Länder und ebenfalls eine Perspektive für die Konvergenz nach oben der Systeme der sozialen Sicherheit definiert.

Verkehr

Der zweite Absatz des Artikels 71 AEUV ist verändert worden. Seine augenblickliche Formulierung sieht vor, dass die Einstimmigkeit der Staaten erforderlich ist, um im Rahmen der gemeinsamen Transportpolitik Maßnahmen zu ergreifen, deren Anwendung Gefahr läuft, die Lebensqualität, die Beschäftigung oder den Betrieb der Transportmittel zu gefährden. Die neue Fassung legt nur fest, dass in der Umsetzung der gemeinsamen Transportpolitik diese Fälle „zu berücksichtigen“ sind. Ein Schloss zur Sicherung des öffentlichen Transportwesens ist hiermit gesprengt.

Energie

Ein spezieller Artikel wird im AEUV geschaffen (Art. 1176 A). Er bezieht sich auf

die „Rahmenbedingungen der Errichtung und des Funktionierens des Binnenmarktes“, d.h. der Liberalisierung des Energiemarktes. Obwohl er vorsieht „*die Sicherheit der Energieversorgung (...), Energieeinsparungen und die Entwicklung der neuen und erneuerbaren Energien*“ sicherzustellen, besteht er weiterhin auf „*der Förderung der Beziehungen zwischen den Energienetzen*“, obwohl diese schlimme Konsequenzen durch die vermehrten Probleme durch die Liberalisierung in diesem Sektor haben könnte und bereits gehabt hat. Das Recht auf Energieversorgung wird nicht einmal erwähnt, obwohl die Liberalisierung des Sektors den öffentlichen Energiesektor bereits direkt gefährdet.

Kompetenzen von Union und Mitgliedsländern

Die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Union und Mitgliedsländern wurde geklärt. „*Alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten verbleiben gemäß Artikel 3b bei den Mitgliedstaaten.*“ „*Nach dem Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung wird die Union nur innerhalb der Grenzen der Zuständigkeiten tätig, die die Mitgliedstaaten ihr in den Verträgen zur Verwirklichung der darin niedergelegten Ziele übertragen haben. Alle der Union nicht in den Verträgen übertragenen Zuständigkeiten verbleiben bei den Mitgliedstaaten.*“ (S. 12). (neuer Artikel 3a und 3b). Diese Prinzipien werden in den Artikeln 2 bis 6 des VAU festgelegt.

Drei Bereiche werden definiert: die, für die die Union ausschließliche Kompetenz hat, die zwischen Union und Mitgliedsstaaten geteilt und die, „*in denen die Union die Kompetenz für Maßnahmen hat, die Aktionen der Mitgliedstaaten unterstützen, koordinieren oder vervollständigen*“. Wenn diese Teilung der Verantwortlichkeiten auch klar erscheint, ist sie es in Wirklichkeit keineswegs.

Der Änderungsvertrag legt für den Fall der Bereiche mit geteilter Verantwortung fest, dass „die Mitgliedsstaaten ihre Kompetenz in dem Maße ausüben, wie die Union die ihre nicht ausgeübt hat“. Es handelt sich also nicht um eine zwischen den Mitgliedsstaaten geteilte Kompetenz, sondern um einen Vorrang der Maßnahmen der Union vor denen der Mitgliedsländer. Die Liste der Bereiche, die durch „ausschließliche“ oder „geteilte“ Kompetenz betroffen ist, berührt eine beeindruckende Zahl an Aspekten des täglichen Lebens der Mitgliedsländer, selbst wenn auch nicht noch die hinzugefügt werden, für die „die Union eine Kompetenz hat, Maßnahmen zur Unterstützung, Koordinierung oder Vervollständigung der Aktionen der Mitgliedsstaaten durchzuführen“.

Die Staaten behalten ein Vetorecht, was die Außenbeziehungen der Union angeht und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Ein Teil der Sozial- und Steuerpolitik liegt außerhalb des Unionsrechts, aber sie sind in Wirklichkeit durch die Wirtschaftspolitik, die ihrerseits von der Union geführt wird, überdeterminiert. Somit sind 80% der von den Parlamenten der Mitgliedsstaaten angenommenen Gesetze nichts als Umsetzungen europäischen Rechtes. Was es absolut nötig macht, die Kräfte der sozialen Bewegungen auf der Ebene der Union aufzubauen!

Institutionelle Veränderungen

1) Recht auf Bürgerinitiative

„Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um

die Verträge umzusetzen.“ (S. 15, neuer Artikel 8 b)

Einmal abgesehen von der Tatsache, dass die Bürger nicht abgewartet haben, dass dieses Recht im Vertrag festgelegt wird, um es umzusetzen, bleibt dieses Petitionsrecht sehr stark eingeschränkt. Es muss die Anwendung der Verträge betreffen. Es ist demnach ausgeschlossen, eine Verfügung zu verlangen, die diese Verträge ändern könnte. Darüber hinaus ist es offensichtlich die Kommission, die entscheidet, ob es opportun ist, auf die Forderungen einzugehen oder nicht. Kurz gesagt, ein derart winziger Schritt nach Vorne, was die Mitbestimmung der Bürger angeht, dass er fast als Stagnation betrachtet werden könnte. Er kann dennoch als Werkzeug im Aufbau neuer Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene genutzt werden, genau wie Petitionen auf nationaler Ebene.

2) Europäische Gesetze/ Rolle der Kommission

Dies betrifft die Richtlinien, Regeln, Beschlüsse. Die Definition dieser Begriffe wird durch den Artikel 249 des AEUV geliefert. Die Definition des „Beschlusses“ wurde verändert. In ihrer augenblicklichen Definition betraf ein Beschluss, der obligatorisch anwendbar ist, einen oder mehrere bestimmte Empfänger. Die neue Definition gibt ihm eine allgemeinere Tragweite. Man kann sich fragen, was der exakte Sinn dieser Änderung ist.

Die Rolle der Kommission wird in einem neuen Artikel 9d des EUV dargelegt: *„ Soweit in den Verträgen nichts anderes festgelegt ist, darf ein Gesetzgebungsakt der Union nur auf Vorschlag der Kommission erlassen werden.“ (S. 19)* Welches sind diese Fälle? Sie verweisen auf zwei Typen von Gesetzesverfahren (neuer Artikel 249A, AEUV). *„Das gewöhnliche Gesetzgeberische Verfahren besteht in der gemeinsamen Annahme einer Regelung, einer Richtlinie oder eines Beschlusses durch das Europäische Parla-*

ment und den Rat nach Vorschlag der Kommission. Das besondere Gesetzgeberische Verfahren besteht in der Annahme einer Regelung, einer Richtlinie oder eines Beschlusses durch das Europäische Parlament mit Beteiligung des Rats oder durch diesen mit Beteiligung des Europäischen Parlaments“. Beim ersten Durchlesen herrscht eine gewisse Unklarheit, was den Begriff des „besonderen Gesetzgeberischen Verfahrens“ angeht, der im Veränderungsvertrag relativ häufig erscheint. In diesem Fall wird die Rolle der Kommission nicht erwähnt. Im Übrigen wird die Rolle der Kommission vergrößert, da ein Gesetzesakt der Kommission das Recht übertragen kann, „gewisse nichtwesentliche Elemente“ dieses Vertrages zu verändern (neuer Artikel 249b des AEUV).

3) Rolle der Parlamente der Mitgliedsstaaten und des europäischen Parlaments

Die nationalen Parlamente erscheinen wiederholt (neuer Artikel 8C EUV, Protokoll Nr. 1 und 2.) mit dem offensichtlichen Wunsch, ihre Rolle zu verstärken.

Der Artikel 7 des Protokolls Nr. 2 gibt das Verfahren an, die es ihnen ermöglicht, auf den europäischen Gesetzgeberischen Prozess einzuwirken. Jedes Mitgliedsparlament hat 2 Stimmen. Es gibt zwei Möglichkeiten. Im Falle eines normalen Gesetzgebungsverfahrens muss, wenn eine Mehrheit der den Mitgliedstaatsparlamenten gewährten Stimmen eine negative Beurteilung ist, das Projekt erneut erörtert werden. In den anderen Fällen reicht ein Drittel der Stimmen (ein Viertel im Falle von Sicherheits- und Justizfragen). Die negative Beurteilung muss durch den Nicht-Respekt des Prinzips der Subsidiarität begründet sein.

Dieser Artikel verstärkt sicherlich die Rolle der Parlamente der Mitgliedsstaaten. Dennoch ist seine Tragweite sehr eingeschränkt, da die Parlamente der Mitgliedsstaaten sich nicht zum Inhalt des Projekts, sondern nur

zur Frage seiner juristischen Vereinbarkeit, Respekt oder Nicht-Respekt des Prinzips der Subsidiarität aussprechen dürfen.

Die Rolle des europäischen Parlaments wird durch eine beträchtliche Ausweitung der für Mitbestimmung mit dem Rat relevanten Bereiche ausgeweitet.

Schließlich kann ein Parlament eines Mitgliedsstaates eine Entscheidung des Rates blockieren, die den Annahemodus durch das erstere von Gesetzesakten ändert, in dem Fall wo der Rat sich entscheidet, mit qualifizierter Mehrheit zu entscheiden, obwohl die Verträge Einstimmigkeit verlangen, sowie im Fall des Übergangs von einem speziellen Gesetzgebungsverfahren zu einem gewöhnlichen Gesetzgebungsverfahren (neuer Artikel 33-3 EUV).

4) Recht auf individuelle Klage vor dem Gerichtshof

Es ist eingeschränkt. Der 4. Absatz des Artikels 230 AEUV wird geändert. Die augenblickliche Version sah vor, dass eine Klage eines Einzelnen zulässig war, selbst wenn eine Maßnahme, die ihn selbst direkt und individuell betrifft, „*anscheinend unter einer Regel oder einem Beschluss gefasst worden war, die an eine andere Person gerichtet war*“. Letztere Möglichkeit ist verschwunden.

5) Die weiteren Änderungen

Die Union wird mit einer juristischen Persönlichkeit versehen, die es ihr ermöglicht, internationale Abkommen im Namen der Mitgliedsländer abzuschließen.

Die qualifizierte Mehrheit ändert sich am 1. November 2014 und besteht dann aus der Hälfte der Mitgliedsstaaten und 55% der Bevölkerung, mit komplizierten Übergangsregelungen, die bis 2017 gelten können.

Verringerung der Zahl der Kommissare, hier

ebenfalls mit Übergangsregelungen bis zum 31. Oktober 2014.

Schaffung des Postens eines Präsidenten des Europäischen Rates für eine Dauer von zwei-

einhalb Jahren, einmal verlängerbar und des Postens eines Hohen Repräsentanten (der Begriff Minister ist abgelehnt worden) der Union für auswärtige Angelegenheiten.

Gegen diesen Vertrag kämpfen, ein Referendum fordern

Der Reformvertrag übernimmt das Wesentliche des EUV in die augenblicklichen Verträge. Wie Valéry Giscard d'Estaing es roh ausgedrückt hat, „die europäischen Regierungen haben sich somit auf kosmetische Veränderungen an der Verfassung geeinigt, damit sie leichter zu schlucken ist“. Sicherlich wird der Begriff „Verfassung“ nicht mehr verwendet, und dieser Text hätte demnach eine geringere symbolische Tragweite. Es wäre nicht als ein weiterer Vertrag.

Die Bestimmung, wonach Großbritannien von der Geltung der Charta der Grundrechte ausgeschlossen bleiben darf, öffnet eine interessante Debatte. Sie kann auf zwei Weisen interpretiert werden. Die erste ist, dass die sozialen Rechte auf europäischer Ebene, selbst ziemlich eng gefasst, nicht im selben Maße wie die Regeln des Binnenmarktes verpflichtend sind. Das Soziale wäre demnach freiwillig und die Konkurrenz obligatorisch. Dies ist die Offizialisierung des Sozialdumpings. Die zweite ist, dass von nun an jedes Land wählen könnte, was ihm an den europäischen Entscheidungen passt. Ein Europa à la carte mit seinen Nachteilen, der Verschärfung der Konkurrenz zwischen den Staaten, und seinen Vorteilen, der Möglichkeit, die Anwendung einer Entscheidung abzulehnen zu können. Zum Beispiel könnte die französische Regierung, die darauf besteht, die öffentlichen Dienstleistungen verteidigen zu wollen, sich sträuben, die Postrichtlinie anzuwenden!

Darüber hinaus bleiben die grundsätzlichen inhaltlichen Gründe zur Ablehnung des Verfassungsvertrags bestehen. Von Vorne bis Hinten vom Neoliberalismus geprägt, sowohl in den Prinzipien, die er fördert, als auch in

den Politikmustern, die er predigt, schreibt sich dieser Vertrag in die Fortsetzung der Verträge von Maastricht und Amsterdam ein. Die Europäische Union wird ein privilegierter Raum zur Förderung der neoliberalen Politikmuster bleiben. Die wenigen positiven Punkte stellen das augenblickliche Funkzionieren der Union mit einem tiefen demokratischen Defizit, einer Verwischung der Gewaltenteilung, die dem Exekutivorgan der Union, der Kommission, gesetzgeberische und richterliche Macht verleiht und aus dem Rat ein Gesetzgebungsorgan macht, wo er doch gerade die Zusammenkunft der Regierungen der Mitgliedsstaaten ist, nicht grundsätzlich in Frage.

Zu diesen grundsätzlichen Gründen kommt noch die verwendete Methode, die den Willen der Regierungen und der Kommission bestätigt, die Völker und die Bürger vom Prozess des Aufbaus der Union auszuschließen. Die Schnelligkeit des Ausarbeitungsprozesses läuft Gefahr, die Möglichkeiten zur Beeinflussung seines Inhalts angesichts der Komplexität des Textes stark einzuschränken. Ein erster Punkt kann jedoch eine breite Mobilisierung in ganz Europa ermöglichen: die Forderung, jeden Hinweis auf das religiöse Erbe Europas aus dem Text zurückzuziehen. Darüber hinaus muss die Abhaltung eines Referendums gefordert werden. Der Verfassungsvertrag ist durch ein Referendum abgelehnt worden. Der „Reformvertrag“, der seine wesentlichen Elemente wieder aufnimmt, sollte dem direkten Votum der Bürger per Referendum unterworfen werden.

<http://france.attac.org/spip.php?article7377>

Übersetzung: www.coorditrad.attac.org, SiG 9.12.07

Martin Hantke und Tobias Pflüger

EU: Aufrüstung und Militarisierung

Tücken im Entwurf für den neuen EU-Reformvertrag

Raider heisst jetzt Twix

Seit 1. August 2004 arbeitet die EU-Rüstungsagentur. Mit einem Jahresbudget von 60 Millionen Euro ist sie verantwortlich für die Koordination von Rüstungsprojekten, für die Stärkung des EU-Rüstungssektors und die Etablierung eines gemeinsamen EU-Rüstungsmarkts. Mit Unterstützung von EU-Industriekommissar Günter Verheugen ist es ihr gelungen, 2007 erstmals einen Posten für Sicherheits- und Rüstungsforschung im EU-Haushalt zu etablieren und eine koordinierte Öffnung der einzelstaatlichen Rüstungsmärkte in Angriff zu nehmen.

Aber die großen EU-Rüstungsunternehmen, wie BAE Systems, EADS und Thales wollen mehr. Ihnen geht es um die EU-vertragliche Absicherung der Arbeit der Rüstungsagentur, nicht zuletzt um mehr finanzielle Mittel und Planungssicherheit für mehr Aufrüstungsprojekte zu erlangen. Nach dem Scheitern des EU-Verfassungsvertrags, der von den EU-Rüstungsunternehmen mit ganzseitigen Anzeigen in großen deutschen Tageszeitungen vor der Abstimmung im Bundestag unterstützt wurde, setzen diese jetzt auf den EU-Reformvertrag, der die Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags aufgreift.

Die Regierungskonferenz

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurden in Geheimverhandlungen während der parlamentarischen Sommerpause im August Nägel mit Köpfen zur Erarbeitung des neuen EU-Vertrags gemacht. Der erste Entwurf der Regierungskonferenz liegt jedenfalls jetzt vor.

Das Dokument trägt den schönen und einprägsamen Titel „Entwurf eines Vertrags zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ (CIG 1/07) und wird als von der Regierungskonferenz „lediglich zu prüfende Arbeitsgrundlage“ bezeichnet.

Vom Verfassungs- zum Reformvertrag

Bis zum nächsten EU-Gipfel am 17. Oktober in Lissabon soll bereits der fertige Text verabschiedet werden. Der Text muss dann nochmals von den Regierungschefs beschlossen und durch die nationalstaatlichen Parlamente ratifiziert werden. In nahezu allen EU-Mitgliedstaaten soll die Bevölkerung nicht mehr über den neuen EU-Vertrag abstimmen können. Das wurde möglich, indem auf die Benennung als EU-Verfassung verzichtet wurde. Aus der Sicht der Staats- und Regierungschefs war die Textrevision notwendig geworden, da der EU-Verfassungsvertrag nach den Ablehnungen bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden nicht mehr durchsetzbar war. Bei einem Blick auf die Bestimmungen der „Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ wird jedoch schnell klar, dass die Staats- und Regierungschefs in erster Linie lediglich auf kosmetische Änderungen Wert gelegt haben und den EU-Verfassungsvertrag in Reformvertrag umbenannten. In punkto EU-Militarisierung soll jedenfalls alles beim Alten bleiben. Im Textentwurf der Regierungskonferenz finden sich ganz detailliert alle Militarisierungsbestimmungen des EU-Verfassungsvertrags wieder.

Ohne gerichtliche und parlamentarische Kontrolle

Im neuen EU-Reformvertrag soll sich die Zuständigkeit der EU „auf sämtliche Fragen in Zusammenhang mit der Sicherheit der Union“ beziehen. Der Europäische Gerichtshof ist in Bezug auf die Außen- und Sicherheitspolitik der EU schlicht „nicht zuständig“ (Art. 11). Zudem soll darauf geachtet werden, „dass die Auffassungen des Europäischen Parlaments gebührend berücksichtigt werden“ (Art. 21, 1). Ein eigener EU-Haushalt für Militäroperationen – geradezu liebevoll Anschubfonds genannt – soll etabliert werden (Art. 26). Explizit wurde festgehalten, dass dieser Anschubfonds in Anspruch genommen werden kann, wenn eine geplante Operation aus rechtlichen Gründen nicht aus dem Haushalt der Union finanziert werden kann. Eine Haushaltskontrolle des Europäischen Parlaments oder der nationalstaatlichen Parlamente findet nicht statt.

Aufrüstungsverpflichtung

Auch die skandalöse Aufrüstungsverpflichtung des EU-Verfassungsvertrags hat ihren Weg in den Reformvertragsentwurf gefunden. Es ist wohl als einmalig in der Geschichte internationaler Verträge anzusehen, dass ein völkerrechtlicher Vertrag zu verstärkten Rüstungsanstrengungen anhält. „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 27, 3), so der Entwurfstext. Die EU-Rüstungsagentur – im Orwellschen Sprachgebrauch der EU-Rechtsexperten Verteidigungsagentur genannt – soll dazu eine Grundlage im neuen EU-Vertrag erhalten. Sie soll u.a. „Maßnahmen zur Bedarfsdeckung“ an Rüstungsgütern fördern, zur „Stärkung der industriellen und technologischen Basis“ des Rüstungssektors beitragen und sich „an der Festlegung einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung“ (Art. 27, 3) beteiligen. Auch Rüstungsforschung

soll auf ihrer Agenda stehen (Art. 30, 1d). Zudem sollen zweckdienliche Maßnahmen „für einen wirkungsvolleren Einsatz der Verteidigungsausgaben ermittelt werden.“ Rüstungsprojekte sollen auch dadurch befördert werden, dass innerhalb der Rüstungsagentur „spezielle Gruppen“ gebildet werden sollen, „in denen Mitgliedstaaten zusammenkommen, die gemeinsame Projekte durchführen.“ (Art. 30, 2)

Militärische Interventionen weltweit

Generell soll eine offensive militärische Interventionspolitik der EU vertraglich verankert werden. Ganz abgesehen von einzelstaatlichen Verfassungsbestimmungen, die den Einsatz von Streitkräften jenseits der Territorialverteidigung nicht vorsehen, wird festgelegt, dass die Mitgliedstaaten der EU „für die Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (Art. 27, 3) u.a. „militärische Fähigkeiten“ zur Verfügung stellen. Mit diesen militärischen Mitteln sollen „außerhalb der Union“ sogar „Abrüstungsmaßnahmen“, „Aufgaben der militärischen Beratung und Unterstützung“ und „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“ durchgeführt werden. Das bedeutet nichts anderes, als dass sich die EU das gesamte Einsatzspektrum der neuen Kriege vertraglich sichern will. Besonders pikant ist dabei auch noch der Punkt, dass all diese Missionen „zur Bekämpfung des Terrorismus“ beitragen sollen, „unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittländer bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet.“ (Art. 28, 1) Das darf mit Fug und Recht als vertragliche Blaupause für den weltweiten Antiterrorkrieg der EU bezeichnet werden.

Kerneuropa, EU und NATO

Auch kerneuropäische militärische Avantgardekonzepte sollen mit dem neuen EU-Reformvertrag machbar sein. Im Rahmen ei-

ner „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ können sich auch einige wenige EU-Mitgliedstaaten nach EU-Ratsentscheidung zusammenschließen, um Militärinterventionen durchzuführen. Die gesamte EU-Militärpolitik soll EU-reformvertraglich an die NATO gebunden werden (Art. 27, 7). Damit würde eine bereits bestehende Praxis legalisiert werden. Denn bei EU-Militäroperationen wird diese Art der institutionalisierten Kooperation bereits angewandt. Für die paramilitärische EU-Polizeiausbildungsmission in Afghanistan seit 1. Juli ist explizit die NATO- und US-Unterstützung festgehalten. Im Bericht des EU-Rates zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik des EU-Rates vom 18. Juni 2007 heißt es dazu: „Das Generalsekretariat des Rates arbeitet auch eng mit dem internationalen Personal der NATO und mit den USA zusammen: mit der NATO hinsichtlich der Bereitstellung technischer Unterstützung im Einsatzgebiet durch die ISAF und mit den USA, weil diese ein entscheidender Partner bei der Koordinierung der Vorgehensweise bei den Reformbemühungen sein werden.“

Militäreinsatz im Inneren

Zuletzt findet sich auch die militärische „Solidaritätsklausel“ (Art. 188) im Entwurf des Reformvertrags wieder. Hier wurde festge-

schrieben, dass die EU „alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel, einschließlich der ihr von den Mitgliedstaaten bereitgestellten militärischen Mittel“ mobilisiert, um „terroristische Bedrohungen im Hoheitsgebiet von Mitgliedstaaten abzuwenden“. Dies bedeutet nichts anderes als den Einsatz von Militär im Inneren der EU zur Abwendung von so genannten Terrorgefahren. Damit soll auch noch EU-vertraglich eine weitere Militarisierung der EU-Innenpolitik ermöglicht werden.

Fazit

Der Textentwurf der Regierungskonferenz ist das Dokument einer offensiven und aggressiven Sicherheits- und Militärpolitik der EU und kann nur als massiv friedensgefährdend angesehen werden. Es steht nicht zu erwarten, dass sich im Bereich der Sicherheits- und Militärpolitik im Bezug auf den Entwurfstext des EU-Reformvertrags noch wesentliches ändern wird. Die Mitgliedstaaten der EU werden auf Aufrüstung, Militarisierung und weltweite militärische Interventionen festgelegt. Die EU-Rüstungsagentur wird detailliert mit ihren Aufgaben und Kompetenzen im EU-Vertrag verankert. Der neue EU-Reformvertrag soll dafür die rechtliche Grundlage sein.

(Quelle: FriedensForum 4/2007 S. 21)

In der Reihe „Bibliothek“ will die Redaktion von „Sand im Getriebe“ einzelne grundlegende Texte nachdrucken und Übersetzungen veröffentlichen, deren Länge den Rahmen des Rundbriefes sprengen würde.

Jedes A5-Heft kann gegen Bezahlung der Druck- und Versandkosten bezogen werden.
Preis pro Heft 0,50 € (16 S.) / 1€ (32 S.), Versandkosten 1 Euro. Mindestbestellung: 5 Hefte
Bestellungen an sig-abo@gmx.de

**Die Redaktion: Peter Strotmann und Marie-D. Vernhes (Attac Deutschland),
Barbara Waschmann (Attac Österreich), Florence Proton (Attac Schweiz)**